

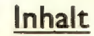
Das Info aus der Flora
Nummer 52
August/September 96
kost nix

Fohrwort vor Wort

Nachdem der Verfassungsschutzbericht 1995 uns mit schonungsloser Härte offenbarte, daß wir im vergangenen Jahr nicht entscheidend mehr AktionistInnen geworden sind, hat die Rote Flora das neue Konzept entwickelt. Raus aus dem linken Ghetto, Schluß mit dem ganzen "Schnickschnack", ... Alldiejenigen, die bisher keinen Zugang zum revolutionären Kampf hatten, weil sie ihre Zeit und ihr liebsam Erspartes in Fitnessclubs trugen, können nun auch von uns agitiert werden. Im Keller des heiligen Geländes soll in den nächsten Tagen eine mittelalterliche Folterkammer (postmodern: "Kraftraum") zur Stärkung der Körper eingerichtet werden. Es wurde höchste Zeit, daß derartige Aktivitäten auch in besetzten Zentren gelebt und gepflegt werden können. Weitere Initiativen sollen folgen.

Heute ist nicht alle Tage
wir geh`n in` Kraftraum, keine Frage
die zeck-redaktion

P.S.: Aufgrund des Sommerlochs erscheint diese Ausgabe erst Ende August und deckt praktischerweise auch gleich den September mit ab. Die nächste zeck soll wieder wie gewohnt Anfang Oktober erscheinen.
Im abschließenden layout-Chaos leider verlorengegangen ist uns die Ankündigung des Straßenfestes im Schanzenviertel. Weitersagen: Samstag 24.8. ab 12 Uhr!!



Inhalt

Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.a., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten konnen aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.

Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag

Vermummte Polizisten überfallen Kurden

Am Freitag abend, den 19.7.96, kam es in Salzgitter-Lebenstedt und in der Nähe von Salzgitter Bad zeitgleich zu zwei Überfällen auf Kurden durch bewaffnete Zivilpolizisten. Abdullah D. und Kamil K. wurden auf dem Heimweg in ihren PKW's von jeweils mehreren zivilen Funkstreifenwagen eingekesselt und gestoppt. Die mit sog. Sturmhauben vermummten und nicht als Polizisten zu identifizierenden Sondereinheiten zerrten die Betroffenen mit der Waffe im Anschlag auf die Straße und schlugen anschließend mit Fäusten und dem Pistolenknauf auf sie ein. Kamil K. berichtet, es seien ihm Plastikhandfesseln angelegt und ein sack über den Kopf gezogen worden. Der Sack sei am Hals so fest zugeschnürt worden, daß er das Bewußtsein verloren habe. Nach ca. drei Stunden sei er in einer Polizeistation wieder aufgewacht. Erst dann habe er festgestellt, daß es sich um einen Polizeiüberfall und nicht um einen Angriff türkischer Faschisten gehandelt habe.
Beide Festgenommenen befinden sich wieder auf freiem Fuß. Die Polizei äußerte gegenüber Kamil K., es habe sich um einen Irrtum gehandelt und er solle "da kein politisches Ding draus drehen".
(aus einer Pressemitteilung des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins)

Demo in Glasmoor

Am 2.11.96 wird es eine Demonstration zum Hamburger Abschiebeknast Glasmoor geben. Die Vorbereitungen laufen, informiert und engagiert euch!

Böhse Onkelz in Hamburg

Am 22.10. spielen die böhsen onkelz in der Hamburger Sporthalle. Sie sind dafür bekannt faschistische, rassistische und übelst sexistische Texte gesungen zu haben. In der Öffentlichkeit haben sie sich mit viel Medienrummel von ihren früheren Texten distanziert. Dies hat aber nichts zu bedeuten! Ihre Texte sind nach wie vor offen sexistisch, in Bezug auf Rassismus und Faschismus halten sie sich bedeckt. D.h., ihre Texte sind mehrdeutig und lassen Nazis nach wie vor die Möglichkeit, sich mit der Band zu identifizieren. Auf ihren Konzerten sind massenhaft faschistische Skins und andere Nazis, die die Band von früher kennen und verherrlichen. Die böhsen onkelz sagen dazu nichts! So sind ihre Konzerte ein Treffen der faschistischen Szene...
Das sollten wir nicht unwidersprochen hinnehmen...!

Räumung in Berlin

Am 8.8. wurden in Berlin die letzten im Westen befindlichen besetzten Häuser Marchstraße/Einsteinufer geräumt.
500 Bullen rückten an, zerstörten das verbliebene Eigentum der geräumten 70 BesetzerInnen.

Erneute Durchsuchungen im *radikal*-Verfahren

Am 17.7. kam es erneut zu bundesweiten Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit dem *radikal*-Verfahren. Auf Anordnung der Bundesanwaltschaft (BAW) wurden Wohnungen in Hamburg, Flensburg, Buxtehude, Speyer und Ludwigshafen durchsucht von angeblichen AbonnentInnen der Zeitung. Neben der Unterstützung der "kriminellen Vereinigung *radikal*" durch Zahlung der AbonnentInnenpreise wird den Beschuldigten vorgeworfen, die *radikal* verbreitet zu haben.
Auch wenn die BAW anderer Meinung ist (und, nebenbei, uns das sowieso von nix abhalten würde): Der Besitz und das Abonnieren der *radi* ist nicht strafbar.

PKK-Prozeß in Hamburg

Im Hamburger §129a Prozeß gegen die drei KurdInnen Azime Yilmaz, Meryem Yagicibulut und Sait Bilgin hat der 3. Strafsenat des OLG Hamburg die drei Angeklagten am 7.8. wegen angeblicher Mißachtung des Gerichts von der Hauptverhandlung ausgeschlossen. Als Grund diente, daß sich die Angeklagten bei der Vereidigung eines Zeugen nicht erheben wollten. Zuvor legte die Angeklagte Azime Y. ausführlich dar, warum sie bei der Vereidigung nicht aufstehen würden. U.a. erklärte sie, den vom Gericht geforderten Respekt könnten sie diesem nur dann entgegenbringen, wenn auch ihnen der gebotene Respekt gezollt werden würde. Im Laufe der seit März andauernden Hauptverhandlung hätte das Gericht aber genau das Gegenteil getan. Anstatt auf die ausführlichen Prozeßerklärungen der Angeklagten einzugehen, werde der Nationale Befreiungskampf der KurdInnen mit Schlamm beworfen.
Dem Ausschluß der Angeklagten vorausgegangen war die erste vom Gericht verhängte Haftstrafe. Noch bevor die Angeklagte Azime Y. ihre Erklärung beenden konnte, sah sich der Vorsitzende Richter Mentz veranlaßt, Drohungen in Richtung Publikum auszustoßen, daß er mögliche Beifallskundgebungen nicht dulden werde. Eine Prozeßbeobachterin quittierte dies mit einem Lachen, der seine Beherrschung nun vollends verlierende Vorsitzende Richter verhängte daraufhin einen Tag Ordnungshaft.
Weitere Prozeßtermine: 21..8., 27.8., 28.8., 4.9., 5.9., 10.9., 11.9., 18.9., 19.9., 24.9., 25., 26.9.
(aus einer Pressemitteilung der Kurdistan Solidarität Hamburg)
...es wird ein Lachen sein, das sie besiegt!!

Frauen/Lesbenveranstaltung zur Arranca

Diskussion zur Arranca Nr.8, deren Rezeption und ihren Wirkungen. Ist die Zeitschrift Ausdruck eines patriarchalen rollbacks? Auseinandersetzung / Boykott?
Teil 2 am Mittwoch, 28.8. in der B5 (Brigittenstr.5) um 19 Uhr.
Eingeladen sind alle Frauen/Lesben!
Das Protokoll der ersten Diskussion ist im Ordner im Frauen/Lesbenraum des Schwarzmarktes nachzulesen.



Cuba

Am 14.9., 5.10. und 26.10. starten erneut Arbeitsbrigaden nach Cuba. In kleinen, betreuten Gruppen (Übersetzung incl.) von 8-15 Leuten kann für drei Wochen durch Feldarbeit und Hilfsarbeiten in der neuen Arzneimittelfabrik die Heilpflanzenforschung der Universität Pinar del Rio in Westcuba unterstützt werden. Organisiert werden die Fahrten, die alles incl. 2000,- kosten, von der Freundschaftsgesellschaft Berlin-Cuba, Grimmstr.6,. 10967 Berlin, Tel. 030-6912025



3.10.

Unter dem Motto "Es gibt nichts zu feiern, aber viele Gründe zum Widerstand" ruft das "Aktionsbündnis gegen die nationalen Einheitsfeiern" am 3. Oktober in München zu einer bundesweiten Demo auf. Das Aktionsprogramm beginnt bereits am Abend vorher mit dem 6. Antifa-Festival "Das Einheitzfest" im BackstaGE; Helmholtzstr. 19. Am 3.10 sind neben der Demo verschiedene Veranstaltungen und Ausstellungen geplant.

Demo zur Freilassung von Frank

Frank, der sich im Rahmen des Vorwurfs der Herstellung und Vertreibung der Zeitschrift radikal am 13.6.96 den Ermittlungsbehörden stellte, sitzt seitdem im Kölner Knast. Der Haftprüfungstermin ist vorraussichtlich Ende September. Auf dem letzten bundesweiten Soligruppentreffen wurde überlegt, eine bundesweite Demo mit Knastkundgebung in Köln durchzuführen. Einige Städte haben ihr Interesse angemeldet, zu konkreten Initiativen kam es aber bisher leider nicht. Die Hamburger Soligruppe lädt deshalb am Samstag, d. 24.8. zu einem bundesweiten Vorbereitungstreffen ein. (Ort und Zeit standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest, lassen sich aber im Schwarzmarkt erfragen).

<u>Ab 24.August:</u>
Provisorischer Betrieb des Autonomen Infoladens Aurora
Jeden Samstag von 12 bis 18 Uhr
Soziales Zentrum
Ulzburger Straße 6a
Norderstedt (Nähe U-Ochsenzoll)

<u>12.Oktober 1996</u>
Unkommerzielles Kino im Sozialen Zentrum Norderstedt
Filmthema Bundeswehr
Gezeigt werden ein oder mehrere Filme zum Thema Militarismus/Bundeswehr, anschließend folgt eine Mobilisierungsveranstaltung zur geplanten Rekrutenvereidigung am 24.Oktober in Kaltenkirchen.
18:00 Uhr Volxküche
19:00 Uhr Film(e) und Veranstaltung
Eintritt frei
Soziales Zentrum
Ulzburger Straße 6a

<u>13.September 1996</u>
Konzert im selbstverwalteten Wochenendbetrieb des JUZ Kaltenkirchen
- Steakknife (Punk-Rock)
- Dackelblut (Punk-Rock)
- Zwischenruf (Sprech-Core)
Einlaß: 20 Uhr
Eintritt: 10 Mark
VeranstalterIn: Torpedo Konzerte
JuZ Kaltenkirchen
Kieler Straße 24
Kaltenkirchen

The Missing Link

... über kulturelle Unterschiede und Sofaecken.

Wo fing das an, was ist passiert?
Hast du denn niemals richtig rebelliert? (...)
Was hat dich bloß so ruiniert?
(Die Sterne)

Ist das gerecht? Ist das denn fair? Womit haben wir einen Canardo verdient und warum haben wir hier nicht wie Berlin einen Kermit, R. P. Mc Murphie, eine Carrie oder Muschi Untermaier? Fragen über Fragen, die spätabends am Kneipentisch nach einer Antwort suchen. Und wie schon vor über 80 Jahren ein inzwischen längst verstorbener Genosse, stehen auch wir wieder vor der Frage: Was tun? Auswandern? Bürgerlich werden? Zur Loveparade fahren? Bei der 17°C mitmachen?
Was macht ihn wohl aus, den kleinen Unterschied, der in der einen Stadt dazu führt, daß zu einem umstrittenen Thema (Sexualität) eine interessante Diskussion geführt wird (Kermits Trilogie "Was sie schon immer über Sex wissen wollten" und die Antwort von Carrie und R. P. Mc Murphie in der interim), wohingegen in der anderen Stadt Canardos lieber "ganz schön großen Hass schieben" als "larifariintellektuellenhinundherschweif" erstmal nachdenken, bevor sie was schreiben?
Richtig überzeugend erklären können wir uns das auch nicht.
Aber ein wenig betrübt es schon, daß alle Versuche, sich strittigen Themen argumentativ zu näheren entweder mit eisigem Schweigen bedacht werden (erinnern wir uns hier nur an den gescheiterten Versuch eine politische Auseinandersetzung um die Politik der AIZ zu führen) oder als Angriffe auf einmal erreichte Positionen mißverstanden werden, die mit allen Mitteln zurückgeschlagen werden müssen (z.B. in Form des Hamburger Frauenpapiers zum Autonomiekongreß oder in der Reaktion auf den Zeck-Beitrag zum Arranca-Verbot).
Vielleicht stimmt es ja doch, daß in Hamburg die unaufgearbeitete Geschichte des Antiimperialismus mit ihren eingeübten Praxen des Abstrafens und Ausgrenzens vielerorts immer noch die politische Arena bestimmt.
Vielleicht liegt es auch daran, daß die Vorstellung, Kritik dürfe nur "intern" geäußert werden, da mensch sonst dem Feind oder Gegner eine Blöße gäbe, einfach konstituiver Bestandteil des Hamburger Politszenebewußtseins ist.
Fragt sich nur, worauf die Verteidigung der virtuellen Barrikaden hinauslaufen soll: Letztlich wird die Durchsetzung einer Position doch davon abhängen, wie überzeugend sie ist. Und da nützt es wenig, einen Konsens heibeizuphantasieren, über dessen Fiktionalität ja doch alle im Bilde sind. Spätestens dann, wenn die Schar der Getreuen unter das politische Minimum abgesunken ist, wird es schließlich doch notwendig werden, sich der Kritik und den Zweifeln zu stellen. Nur daß sich dann u.U. keiner mehr für die inzwischen marginalisierte Position interessiert.
Wenn allerortens Leute der Szene den Rücken kehren liegt das nicht nur an deren mangelndem Bewußtsein und der Integrationsfähigkeit des bürgerlich-kapitalistischen Systems. Wo die eigene widersprüchliche Lebensrealität keinen Platz in der Politik findet und auf Fragen mit Dogmen geantwortet wird, ist auf Dauer kein Platz für eine emanzipative Politik.
Und auch wenn die SprecherInnenposition wegen der Herrschaftsverhältnisse immer ungleich sein wird, läßt sich dennoch eine Diskussion führen, in der genau diese Ungleichheit reflektiert wird - auch, und das zeigt die Auseinandersetzung in der interim - in der Sexismusdebatte.
Aber vielleicht ist es ja auch viel gemütlicher, sich im kuschelig eingerichteten »Freizeitpark Hamburger Szene« in die Sofaecke zu setzen, selbstreflexiv (oder doch nur selbstbespiegelnd?) der siebenunddreißigsten Folge der selbtsproduzierten Soap-Opera zu folgen und sich damit zu begnügen, die Fiktion der eigenen Existenz im jährlichen VS-Bericht bestätigt zu finden. Welcome home!

Kanalo & Co.

Der Stadtteil, der Staat und die Droge

1) kleine Einleitung
2) Schafft mehr gute Gründe keine Drogen zu nehmen
3) Der Staat ist die Droge
4) Viertel versus böse Außenwelt; linke Rassismen & Sexismen
5)Schanzenviertelfest oder Drogenpolitik

1) Dieser Text soll ein Beitrag sein zur Diskussion über die Drogen- und Stadtteilproblematik im Schanzenviertel. Auslöser ist das Schanzenviertelfest am 26. August und die verkündete Sicherheitspartnerschaft von AnwohnerInnenverbänden und Polizei. Er nimmt Bezug auf Einzel-(Stammtisch-)Gespräche der linken/autonomen Szene und die sich darin formulierende Unfähigkeit, einen angemessenen politischen Ansatz zu entwickeln. Dieser Text will keine Lösung bieten, sondern versteht sich als Anstoß zur Diskussion.







2) Schafft mehr gute Gründe keine Drogen zu nehmen !
Im Folgenden soll speziell vom Heroin die Rede sein. Weniger vom Stoff an sich, als vielmehr vom Umgang damit. Vom Umgang des Staates mit den KonsumentInnen, den daran Verdienenden. Doch genauso sei hier "unser" (der Szene-)Umgang damit ein Thema. Andere (stoffliche) Süchte werden quasi als Querverweis erwähnt, sind jedoch in dieser Kurzform nicht angemessen zu behandeln. Weitere Drogen wie Koks, XTC, Hasch und Konsorten werden häufig nur deshalb mit Heroin in eine Reihe gestellt weil sie auch illegal verkehren. Zur Funktion dieser Illegalisierung (=Prohibition) kommen wir später erst.
Andere Drogen wie Alkohol, Tabak und (Psycho-)Pharmaka genießen eine weitere Verbreitung/Akzeptanz und verursachen eine ungleich größere Gesundheitsschädigung. Kurz zur Erinnerung: die substantiellen gesundheitsschädigenden Wirkungen des Heroins bewegen sich auf einem zu vernachlässigendem Niveau. Problematisch sind die Nebenwirkungen eines kalten Entzugs (= ohne Symptomlinderung). Der Langzeitkonsum an sich ist unproblematisch; es ist möglich jahrzehntelang ohne jegliche körperliche Beeinträchtigung Heroin zu konsumieren.

Korrekt dosiertes, reines Heroin, von BAYER früher als Hustenmittel vertrieben, erzeugt außer gelegentlicher Verstopfung keine organischen Schäden.
Das Elend der Heroinsucht wird einzig und allein durch die Prohibition verursacht. Über Mechanismen, die nachher gesondert erläutert werden, kommt es zu folgenden Erscheinungen:

a) schlechte Qualität des Heroins; es wird häufig mit (toxischen) Substanzen gestreckt, dies erhöht die Profitrate;
b) keine einheitliche Qualitätskontrolle möglich;
c)Gefahr, daß KonsumentIn plötzlich qualitativ hochwertiges Heroin erhält und somit unbeabsichtigt überdosiert (häufigster Grund für goldenen Schuß).
Der zweite Problemkomplex der Prohibition liegt in den direkten Auswirkungen der Kriminalisierung der NutzerInnen auf ihr soziales Dasein. Der Dreck ist dermaßen teuer, daß die Junkies kaum noch einer geregelten Arbeit nachgehen können, selbst wenn sie wollen. Diebstahl, Prostitution, Dealerei sind klassische Erwerbszweige in der Hartdrogenszene, die nicht primär mit dem Wesen der Droge oder der UserInnen zusammenhängen, sondern durch den sozio-politischen Umgang damit vorprogrammiert werden. Damit wiederum verbunden sind die aufzehrenden Lebensumstände und die assoziierten Krankheiten (Hepatitis B, HIV, Thrombosen, andere entzündliche Erkrankungen). Die Junks werden also in beschissene soziale/hygienische Verhältnisse gedrängt und von medizinischer Vorsorge u. Versorgung abgeschnitten. Durch das Verbot von Druckräumen werden sie in die Bahnhofsklos gejagt, wo sie den, meist gepanschten Stoff (durch womöglich tagealte, x-fach benutzte= stumpfe und verdreckte Kanülen) schießen, welchen sie zuvor durch Prostitution o.ä. erwerben mußten. Weil sie in der Regel auch schon häufiger in ihrem Leben bei irgendwelchen Hehlereien erwischt worden sind, ist ihnen die Tür zum propagierten "Wiedereinstieg" in die Gesellschaft ohnehin verschlossen. Rausschmiß aus Familie, Schule und Job, entwürdigende Cleantherapien gegen ihren Willen (bei der Wahl zwischen Knast oder Therapie läßt sich wohl kaum von freiwilliger Entscheidung sprechen), Sorgerechtserknastung. Daß Knastis und Vorbestrafte gebrandmarkt bleiben und staatliche Resozialisierungsprogramme Augenwischerei darstellen, ist mittlerweile selbst in bürgerlichen Kreisen bekannt. Es sind die lebenden Heroinabhängigen, die von Seiten des Staates und der gesellschaftlichen Institutionen zu Mündeln gemacht werden. Menschen, die Heroin genießen, dürfen keine freien BürgerInnen sein, müssen nochmals erzogen werden, durch Strafe oder Therapie. Ihre vorläufige Daseinsberechtigung wird ihnen entzogen, nur als reuige SünderInnen werden sie wieder zum gesellschaftlichen Diskurs vorgelassen. Alle diese Angriffe finden ihren Höhepunkt in jenen 2000 HeroingebraucherInnen, die jährlich sehenden Auges verrecken gelassen werden, damit sie, wie der frühere Bundesdrogenbeauftragte Franke offen erklärte, als abschreckendes Beispiel dienen.
Vorläuiges Fazit: Das Problem ist nicht der Stoff, sondern der Umgang damit.
Rauschmittel wie Kaffee, Alk, Nikotin haben an sich, daß ihre Wirkung direkt gesundheitsschädigend wirkt. Es verbietet sich hier, mit den volkswirtschaftlichen Kosten der medizinischen Versorgung zu argumentieren, die z.B. aus Alkoholkonsum resultieren. Allein die Zahl der Todesopfer durch ihren eigenen Abusus spricht schon Bände, von den vielen im Straßenverkehr Totgefahrenen ganz zu schweigen.Doch im Gegensatz zur beschriebenen gesellschaflichen Ächtung der Junkies wird dem Alkohol gesellschaftlich attestiert, daß seine Opfer gut funktionieren. Der im Kapitalismus stets geforderte "nüchterne" Realitätssinn (grundlegend für ungebrochene Leistungsfitness) wird bis kurz vorm endgültigen Abwinken wohlwollend unterstellt. Flankiert vom gesunden Volksempfinden wähnt sich Durchschnittsalki frei von Abhängigkeit, Verführung, Suchtverhalten. Der zukunftsorientierte, dem sozialen Alkoholerlebnis zugeneigte, arbeitsverkrampfte "deutsche Charakter" halluziniert sich im Einklang mit den Wünschen und Nöten seiner alltäglichen Existenz zu leben. Die öffentliche Verdrängungskampagne verhindert das offene Streitgespräch über all die Sehnsüchte und Erlebnisse des Rausches. Und da nehmen wir Schreibenden uns in keiner Weise raus.
Der Versuch, sich in einer krankmachenden Gesellschaft selbst zu medikamentieren treibt unterschiedlichste Blüten, die Wurzel ist die gleiche.
Zucker (Fressen, Kauen ...), Heroin, Endorphin (Leistungssport, Magersucht, Schock-Erlebnis-Sportarten ...), Alk, usw. sind die stofflichen Träger der erfolglosen Suche nach Befriedigung und subjektiv-sinnlichem Erlebnis bzw., ganz banal, Konfliktbewältigung.

Wohlgemerkt: Wir gehen hier jetzt nicht von einem ursprünglich- vollkommen-natürlich-drogen-und-problemlosen aber leider verlorengegangenen Normalzustand in der fernen Geschichte aus!

Dichtgemacht wurde sich schon immer und überall. Drogenfreie Gesellschaften hat es noch nie gegeben, doch stets Versuche der Herrschenden, eine solche herzustellen. Im 17. Jahrhundert wurden europaweit die Drogen des aufkommenden BürgerInnentums, Tabak und Kaffee, verboten - bis hin zur Todesstrafe für KonsumentInnen. In den 20er Jahren dieses Jahrhunderts wurden die bis dahin gebräuchlichen Rausch- und Arzneimittel Opium samt seiner Abkömmlinge (Morphium und Heroin), Kokain und Cannabis verboten, und der UNO-Drogenbeauftragte Nahas begründete beispielsweise 1965 das Hanfverbot damit, daß Cannabis das gebräuchlichste Selbstmordmittel in Europa sei. Doch erst 1972 wurde in der BRD die bis dato gültige Praxis, Opiate an Abhängige ärztlich abzugeben, abgeschafft, und seitdem erst greift - nicht zuletzt dank der modernen Repressionsinstrumente - die gesetzliche Durchsetzung eines moralisch richtigen Lebensstils so, wie es sich vielleicht schon die da oben genannten Feudalherren gewünscht hätten.

Die Frage ist jedoch wie Rauschmittel in einem dermaßenen Umfang aus ihrem rituellen bzw. kulturellen Kontext gelöst werden konnten.

Doch schnell zurück zur Funktion von Droge.

Keinesfalls geht es hier darum alles Übel der Welt in einen Pott werfen zu wollen. Unabdingbar für eine Drogendebatte jedoch ist es, die gesellschaftliche Bedingungen, die erst zur Problemreifung beitragen, mit zu berücksichtigen.

Wer von Sucht redet und ausgerechnet bei Heroin anfängt, unterschlägt die postfordistischen Auflösungsprozesse und deren sozialpsychologische Kompensationsmechanismen. Neben dieser allgemeineren Interpretation heben Dörner/Plog (siehe Anmerkung) besonders die Aspekte der Technologiesierung umfassender Lebensbereiche mit einhergehender Allmachbarkeit(-sphantasie) sowie die Struktur der patriarchalen Kleinfamilie als Hauptort der Sozialisation und Hauptfeld der Lebenskonflikte als ursächlich für die Entstehung von Suchtverhalten hervor.

Und um nicht nur von stofflichen Süchten zu sprechen: Wer wird (endlich) dem Soldaten, der im Krieg verreckt, deutlich machen, daß er eigentlich Selbstmörder ist, der an einer sorglosen Abhängigkeit von seinen Befehlshabern und an seiner Sucht nach Heldentaten zugrunde geht? Abgesehen davon stehen im Tessin die Villen der Rüstungskonzernmanager und die der internationalen Drogenhändler nebeneinander.

Und wenn dieser Schritt uns seltsam frommt, so sollte das uns idealerweise dazu anregen, das Zustandekommen derselbigen dahingehend zu akzeptieren, daß die Alternative (=Normalität) als nicht besonders erbaulich akzeptiert wird.

Uns "Linken" dürfte das eigentlich nicht schwerfallen, aber dennoch habe ich das Gefühl, daß besonders in meinem begrenzten Umfeld der Szene ganz besonders moralisch und verständnislos-abwertend das Resultat der Entscheidung verurteilt wird.

In dem Moment, wo wir uns anmaßen, als moralische Überbau-Instanz den Umgang mit Drogen zu bewerten, kolaborieren wir mit den gesellschaflichen Zuständen, die diesen Umgang zu verantworten haben und stehlen uns aus der Verantwortung uns an die eigene Nase zu packen. Gerne nutzen wir die Konstruktion unserer Szene-Identität als vermeintliche Abgrenzung gegenüber der herrschenden bürgerlichen Identität, doch dazu später mehr.

Ich möchte nun auch noch ein paar Worte über die sogenannte Einstiegsdroge Haschisch verlieren. Einfach deshalb, weil es so gerne genommen wird. Wir alle wissen ja, daß die Mähr der "Einstiegs"droge lediglich durch die Illegalisierung einen gewissen





Gesellschaftsformen, die ein Gros der Bevölkerung von der politischen Einflußnahme ausschließen, sind allgemein dadurch charakterisiert, daß die Verinnerlichung (d.h. die Privatisierung gesellschaftlicher Probleme) gleichermaßen als Vorraussetzung und auch als Resultat erscheint. Platt gesagt: gehe ich an meinem Job und anderen Verhältnissen kaputt, ohne mich spürbar dagegen wehren zu können, (häufig wird via Sozialisation die Unergiebigkeit + moralische Unanständigkeit politischer Einmischung vermittelt), liegt es nahe, mir im Privaten meine Identität (=Selbstwert) positiv definieren zu müssen. Gesellschaftlich propagierte Schlüssel zur Selbstwertregulierung sind Reichtum, Ansehen, Aussehen, beruflicher Erfolg, persönliches Glück.

Ersatzweise bzw. "runter"buchstabiert kann das sein: Gruppenidentität, stofflicher Rausch, Chauvinismus, Autoritätshörigkeit, Rassismus, usw...

Vor diesem abstrakteren Hintergrund erscheinen Xenophobie und Massensuchtverhalten in patriarchal-kapitalistischen Gesellschaften auf sozialpsychologischer Ebene als Geschwister (selbstverständlich nur was die Wurzel anbelangt; grundsätzlich unterschiedlich ist die politische Relevanz). Sie beide haben eine Identitätsstiftende "Schutz"funktion gegen eine abstrakt erscheinende = bedrohlich-äußerlich und unbeeinflußbar wirkende gesellschaftliche Entwicklung.

Im Patriarchat stellt sich eine geschlechtsspezifisch tradierte "Norm" der Kompensation gesellschaftlicher Widersprüche dar; insgesamt sind Frauen von stofflichen Süchten weniger betroffen (Ausnahme: Psychopharmaka).

Heroin zu schießen, wird von allen, die einmal in den Genuß kamen, als ein wahnsinniges Gefühl beschrieben. Die beliebten Schlagworte (Glück, innere Wärme, Überlegenheit, usw.) treffen es wohl ganz gut. Die Illegalität macht einen kleinen Teil des Reizes aus, läßt sich doch verstärkt eine Gruppenidentität entwickeln. Daß die Karriere häufig im Grab endet, ist vielen bekannt, wird also häufig in Kauf genommen, zum Teil gewiß verdrängt. Bis vor kurzem noch hatte die Junkszene, wahrscheinlich berechtigterweise, den Nimbus einer jugendlichen, rebellischen Verweigerungskultur. "Lieber kurz und schön leben, als lang und verlogen". Heute ist Heroin nicht mehr als "Gegenbewegung" wahrzunehmen, die UserInnen haben andere Hintergründe, es ist die Droge der Armut und der Resignation. Doch der Schritt in die Sucht ist eine Suche, und wäre auch durch andere Inhalte zu füllen, wenn es sie denn gäbe.

Realitätsbezug bekommt. Da der öffentliche Verkauf verboten ist, liegt es aus marktwirtschaftlichen Gründen aus Dealersicht nahe, Handelswege kombiniert zu nutzen. Sprich: der/die HaschdealerIn kennt fast immer auch ne Gift-Connection und umgekehrt. Durch diese Personalunionen läßt sich tatsächlich die Einstiegslüge anhand von Ausnahmebeispielen aufrechterhalten. Konsequent zu Ende gedacht hieße dies natürlich Haschisch frei zu verkaufen um die Heroinverbreitung zu behindern. Es gibt auch tatsächlich Anzeichen, welche für den BRD-Staat in diese Richtung deuten, aber der Widerstand seitens konservativer Verbände ist immer noch immens. Argumentieren die fortschrittlichen Kräfte, daß der Anteil der niederländischen Haschisch-ErstkonsumentInnen seit der staatlichen Duldung des öffentlichen Verkaufs zurückgegangen sei, antwortet die reaktionäre Linie, daß die Gesamthaschischmenge, die über den Ladentisch gehe eher zugenommen habe. Die Tatsache, daß gerade diese Zahlen nur der BRD-Prohibition geschuldet seien, weil natürlich viele deutsche Jugendliche in A-Dam einkehren, und sich deshalb halbwegs repräsentative Zahlen erst bei globalen

Initiativen ergeben, zeigt nochmal deutlich, daß gerade fortschrittliche Drogenpolitik auch in eine umfassende internationale Konzeption eingebunden sein muß. National-reformerisch kann hier niemals argumentiert werden, sonst wird der Reaktion fahrlässig das Terrain für weitreichende Grenzsicherungs-plädoyers überlassen. Dennoch macht es u.E. unbedingt Sinn sich der tagespolitischen Forderung nach Entillegalisierung anzuschließen und die Diskussion aktiv mitzugestalten.
Diese nervige Verharmlosung ihres eigenen Dope-Konsums seitens der Szene-KifferInnen sollte auch mal ein Thema sein. So unreflektiert, wie sich besonders Linke allabendlich die Omme zuknallen, so lächerlich wirkt dann das Gezeter dieserjenigen, wenn mal jemand Unbekanntes von außerhalb die Flora-Vokü mit nem Bier in der Hand betritt. Die Unfähigkeit, Befangenheit in Widersprüche zuzugeben, und über den Mechanismus der Verharmlosung eigener Kompensationsprogramme bei einhergehender Dramatisierung anderer (vermeintlich völlig absurder und unverständlicher, meistens jedoch gerade 2 Wochen zuvor abgelegter) Kompensationsmechanismen, fällt uns selbst zurück auf die Füße; entwirft Suchthitparaden, die wesensmäßig als Selbstentlastung nur zu Konkurrenz anstatt zu einem Erkennen gemeinsamer Ängste und Wünsche beitragen.

3) Der Staat ist die Droge

Anscheinend eine gute Möglichkeit, eine Debatte zu gewinnen, ist stellvertretend für die richtige eine falsche zu führen.
Auf diese Weise wird sichergestellt, daß Menschen ihre Zeit verschwenden Unbedeutendes zu diskutieren. Solch ein Beispiel ist auch die Drogendiskussion, wenn sie als ein Problem von Recht und Ordnung präsentiert wird. Effektivere Polizeiarbeit wird aller Dealer habhaft werden und den Verkauf stoppen, so die frohe Botschaft, die über die Medien gestreut wird. Sodann werden nämlich unter BürgerInnen-Mitbeteiligung effektivere Mittel der Polizeiarbeit diskutiert (die "Sicherheitspartnerschaft" ist derer ein besonders modernes = kaschiertes). Auf diese Weise vergessen wir allzuleicht den Punkt, daß ein Verbot prinzipiell falsch ist. Selbstverständlich ist es nur möglich eine Debatte auf diese Weise zu manipulieren, wenn die Mittel der Kommunikation fest unter Kontrolle sind, aber das ist eine andere Geschichte.
Drogendealer sind genau wie andere Kaufleute auch, vom Verlangen motiviert, Profite zu machen, und Profite hängen bekanntlich vom Preis ab. Der Preis ist abhängig von der Beziehung zwischen Angebot und Nachfrage. Das Angebot ist die Summe von etwas, das verkauft wird, und die Nachfrage ist die Summe des Geldes, die Leute bereit sind, dafür zu bezahlen. Im ökonomischen Sprachgebrauch ist Prohibition die Einschränkung des Angebotes.
Dies hat gesetzmäig den Effekt, daß der Preis ansteigt, da die Nachfrage ja nicht im gleichen Maße nachläßt.
Jede große Beschlagnahme von Drogen unterstützt die Profite der Dealer, denn je mehr beschlagnahmt wurde, desto besser die Anwartschaft der anderen, kokurrierenden Drogendealer, und der Anreiz für sie noch mehr zu importieren. Die Prohibition hält den Markt in Bewegung, öffnet Nischen für Neuanbieter und sorgt so für einen Dauer-Boom. Prohibition versagt, indem sie die Profite der Dealer garantiert.
Sie hat diverse Nebeneffekte, z.T. bereits angerissen.
Es stellt die Verkaufskraft von Gelegenheitsdealern wieder her, die Drogen verkaufen um sich ihren eigenen Verbrauch zu finanzieren. Es unterstützt die Kriminalität, da die, die sich diese teure Sucht eingefangen haben, stehlen gehen müssen, um an die benötigte Kohle zu kommen. Selbst in Polizeischätzungen wird gemutmaßt, daß bei sofortiger Entillegalisierung mit einhergehenden Methadonprogrammen die Rate der Einbruchs- und Überfallkriminalität schlagartig um ca. 40 Prozent zurückgehen würde. Dealer verdünnen ihre Scheiße; Steigerung der Profitrate durch Erhöhung des Gesundheitsrisikos der Abhängigen. Prohibition verleitet zur Kooperation mit der Polizei. Häufig wird bestochen, um in Ruhe gelassen zu werden; Praxis ist ebenfalls Geschäftsrivalen zu verpfeifen: die Polizei hat eine Festnahme für ihre Glaubwürdigkeit, der Denunziant hat einen Marktvorteil.

ENTSCHULDIGE DAS MIT
DEN 32 TASSEN KAFFEE...
ICH HABE DICH LIEB. OMA...

Trotz staatlicher Verfolgung und anderer Schwierigkeiten beharren Drogendealer natürlich darauf, die KonsumentInnen mit dem benötigten Stoff zu versorgen. So sind Drogendealer kurioserweise die Helden des sogenannten freien Marktes. Warum werden sie geächtet von den Kapitalisten in der Gesetzgebung, die, bei dem Versuch den Drogengebrauch zu bekämpfen, ihre Freie-Markt-Prinzipien widerrufen? Es scheint, daß die Verteidiger des freien Marktes gar nicht wissen, was dieser bedeutet und wie er funktioniert.
Über gobale Marktstrategien werden ganze Länder z.T. im Interesse der imperialistischen Staaten in den Drogenhandel gedrängt. Nord-Thailand z.B. wurde während des Vietnamkrieges zur Heroinmonokultur von den USA quasi zwangsverpflichtet (der CIA vertickte das Gift an die GIs). Fünfundzwanzig Jahre später marschierten die USA in Panama ein, um einen Präsidenten, den sie zum Drogendealer erklärt hatten, gefangen zu nehmen und einige hundert ZivilistInnen zu töten. Der Kampf gegen die Drogen und den Handel, den sich die imperialistischen Staaten auf die Fahnen geschrieben haben, ist ein nahezu beliebig anwendbares Ideologem, mit dem internationale machtpolitische und ökonomische Interessen, sowie nationale Kontrollmechanismen gegen die "eigene" Bevölkerung unter Beifall der Untertanen sich formulieren und durchsetzen lassen.
Häufig decken sich ohnehin Interesse von Dealern und nationaler Ökonomie, wird doch der Großteil der Profite HIER in den satten Metropolen investiert und nicht in den Erzeugerländern. Doch warum sollte dem "freien Markt" in Form von Drogendealern erlaubt sein an menschlichem Elend zu verdienen?
Der Profit kann ihnen genommen werden, indem Drogenbesitz freigegeben wird! Die Prohibition versagt in der Praxis, das ist auch fast allen mittlerweile klar, es gilt aber vehementer darzustellen, daß das staatliche Vorgehen besonders vor dem Hintergrund kapitalistischer Wirtschaftsdoktrin nicht Teil der Lösung sondern Teil, wenn nicht sogar Ursache des Problems ist.

4) Viertel versus böse Außenwelt, Linke Rassismen & Sexismen

Hannover, Mai '89
Nachdem die niedersächsische Polizei es sich zur Aufgabe gemacht hatte, den Bahnhof und den angrenzenden Raschplatz von der Junkszene zu säubern, begann eine Zeit der ständigen Razzien. Diese wurden nach rassistischen Kriterien durchgeführt, Schwarze wurden unter Generalverdacht gestellt, häufig mißhandelt auf der Wache, schikaniert, usw. Parallell dazu die übliche Pressehetze gegen ausländische kriminelle Straftäter, damals bereits in Vorbereitung der Abschaffung des Grundgesetz-Artikel 16.
In dieser Zeit geschah es, daß in einem beliebten Park der hannöverschen Nordstadt (Szeneviertel) zunehmend derartige Geschäfte abgewickelt wurden. Besonders von Schwarzafrikanern, welche sich in der City nicht mehr blicken lassen konnten.



Bei einem ersten Treffen von Leuten aus dem autonomen Spektrum wurde beschlossen, zu den Dealern hinzugehen und sie aufzufordern das Feld zu räumen. Die Stimung war gereizt, blöde Wortwechsel, beide Seiten fühlten sich bedroht, einer der Dealer zog irgendwann auch mal zur Drohung ein Messer. Unterm Strich wußten die Dealer die Situation nicht richtig einzuordnen, wie sich später herausstellte, einige hatten gedacht, wir seien Nazis.
Inder Folge wurden in der Nordstadt Plakate verklebt (Heroindealer, verpißt Euch!) und ähnlich lautende Hauswurfsendungen verteilt. Bei einer weiteren Diskussionsveranstaltung (120 Leute) wurde nochmals beschlossen unbewaffnet (!) in den Park zu gehen. Als sie dort eintrafen, waren etliche der Dealer schon geflüchtet, einige schwarze Männer waren dort geblieben und verteidigten sich verbal in dem Tenor
a) wo sollen wir denn sonnst hingehen,
b) ihr habt uns gar nichts zu sagen. Im weiteren Verlauf wurde sich in beide Richtungen superblöde angemacht.

Am 26. Mai wurde beschlossen endgültig und militant gegen die Dealer vorzugehen. Gerade in dem Moment, als der Beschluß durchgesetzt werden sollte, zogen die Bullen eine Razzia durch, welcher dann ruhig zugeschaut wurde. Den Zielen der Medienkamagne kam dieses Verhalten zupaß. Was dargstellt wurde als "Autonome + Polizei gemeinsam gegen schwarze Dealer im Kampf um die Reinerhaltung der Nordstadt" fiel auf den Boden der Forderung nach mehr Stellen und Befugnissen der Polizei. Nach dem Motto: könnten wir das Problem endlich polizeilich lösen, bräuchte es keine Bürgerwehren geben. Die gesamte Situation war gekennzeichnet von einem völligen Unverständnis der Situation der Schwarzen.

- Statt eines antirassistischen Kampfes der gesichertes Aufenthaltsrecht für AsylantInnen, Verhinderungen von Abschiebungen, Aufhebung des Arbeitsverbotes für AsylantragstellerInnen usw. beinhaltet, wurde selbst zur rassistischen Praxis gegriffen, indem eine ausländische Minderheit angegriffen wurde.
- Statt die Entkriminalisierung des Drogenkonsums zu fordern, haben sie zur Ausgrenzung der Minderheit der Drogenabhängigen beigetragen.
- Statt gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Ursache des Drogenkonsums sind, zu kämpfen, haben sie die herrschende Form der Problemlösung übernommen : Vertreibung.
- Statt einer Diskussion mit Abhängigen und anderen Interessierten aus dem Stadtteil über Perspektiven gemeinsamen politischen Handelns genügte den AkteurInnen eine gehörige Portion autonomes Sendungsbewußtsein und Kiezmilizgefühl.

Ähnliche Dumpfaktionen sind unseres Wissens in Hamburg bisher zum Glück noch nicht gelaufen. Insgesamt gibt es bisher wenig greifbares, verbindlich bzw. gemeinsam Erarbeitetes der Szene zu dieser aktuellen Problematik im Schanzenpark. In unserem Bekanntenkreis ist dies jedoch tägliches Thema, meist in Form von Ekel und Ablehnung der Entwicklung, Trauer, daß der Park nicht mehr "unser" ist sowie ein undifferenziertes Bedrohtheitsgefühl.
Uns selbst ärgert es saumäßig, neulich ist ein Barfußhippie neben uns eine Kanüle gelatscht. Wir können uns jedoch nicht daran erinnern, jemals die Klage gehört zu haben, daß so wenig Spritzenabwürfe bereitstehen. Auch die Forderung nach mehr Beratung, Gesundheitsräumen und Spritzentausch erreicht selten das Ohr Es ist zu befürchten, daß die Mehrzahl dieser Leute sogar eher gegen erwähnte Einrichtungen votieren würde, aus der Ahnung heraus, daß das noch mehr Probleme (=offensichtliche Sucht) anziehen würde. Dies wird bisher nicht offensiv vertreten, es ist eher aus Stimmungen rauszuhören; eindeutig äußern möchte sich niemand, ziemlich tabu das ganze Thema. Abgesehen davon, daß da natürlich die irrige Fehlanalyse dahinter stünde, die Beratungsstellen würden ihren Kunden vorrausreisen, bezeichnet dies ein trauriges Bild den betroffenen Menschen gegenüber.
Diese werden nicht als Individuen in einer bestimmten (beschissenen) Situation wahrgenommen, sondern nur als wabernde, bedrohliche Masse, die über EineN hereinschwappt, unkontrolliert, fremdartig, die Struktur, die Idylle, den geordneten Fluß gefährdent.

Schreckgespenst Drogenmoloch.
Dieses Konzept der Identitätsstiftung über Konstruktion und Abgrenzung eines "Anderen", wesentliches Element der Xenophobie/Antisemitismus, findet sich unter vermeintlich anderen Vorzeichen in linker Szenepolitik. Ein moralich richtiger Lebensstil wird definiert und eingefordert: Droge und Müßiggang werden als bedrohlich im Sinne von a) kampfkraftschwächend oder b) fehlgerichteter Rebellion gedeutet. Unsere Definition vom Kampfverhältnissen gegen die gesellschaftliche Norm wird aus einer Art Überbau-Instanz übertragen auf alle von gesellschaftlicher Ausgrenzung betroffenen Individuen, unabhängig von ihren persönlich-politischen Ausgangsbedingungen. Die berechtigte Selbstauflage eine befreite Gesellschaft in Ansätzen im Hier und Jetzt zu verwirklichen, herrschaftsfreie Räume und Lebensformen zu entwickeln, verkehrt sich ins Gegenteil, wo emanzipatorische Prozesse auf äußerliche



Strukturen wie z.B. den Stadtteil übertragen werden. Abgesehen davon, daß solch ein Inseldasein (meistens ja auch noch ausschließlich kulturell bestimmt) sich nicht durchsetzen läßt, scheint es auch kaum erstrebenswert. Der Wunsch, nicht sexistisch/rassistisch angemacht zu werden läßt sich nicht durch Problemverlagerung (aus unserem Stadtteil raus in andere Stadtteile) erreichen. Räumliches Umfeld muß als Ausgangspunkt für Kämpfe strategisch begriffen werden, nicht als Ruhe-Oase für Szene-Reproduktion.
Thema Sexismus. Frauen heben hervor, vermehrt von Schwarzen im Park angequatscht, belästigt zu werden. Sexistische Anmache ist, wenn die betroffene Frau es als solche erlebt. Punkt. Jedoch sollten wir uns aufs äußerste in Acht nehmen vor einer Vereinheitlichung der Maßstäbe: Das Ergebnis wäre eine von rassistischen Ressentiments geprägte Kulturarroganz.



Wir denken, daß das Angequatschtwerden rein gar nichts mit der Hautfarbe des Anquatschers zu tun hat.
Frauenbefreiung ist das Resultat von Frauenkämpfen. Die Kämpfe sind weder einheitlich bestimmbar, führbar oder bewertbar, haben z.T. grundlegend unterschiedliche Ansätze. Eine, im Fritz Bauch-Diskurs häufig mitschwingende Echauffierung ("die sind einfach doch noch ein bißchen sexistischer") bleibt verhaftet im abendländischen Modell der linearen Geschichtsentwicklung. Im Übrigen möchte ich verweisen auf den oft abgenudelten 3:1 Ansatz unter weiteren aktuellen AntiRa-Ansätzen. Wir wollen uns auch in keinster Weise hinstellen und sagen, jedwede Kritik sei unsolidarisch und rassistisch. Wir sind uns nur nicht sicher, ob es überhaupt einen adäquaten Rahmen für antipatriarchale, weiße Kritik an Schwarzen/Migranten gibt. Haben wir eine glaubhafte antirassitische Praxis? Akzeptieren wir die Bedingungen der Migration als Ausgangsebene?

Und jetzt auch wieder allgemein auf die Drogenfrage: Sind wir bereit erst mal nachzufragen und zuzuhören, bevor wir unsere Unsicherheit und Unwissen und bleierne Dogmen gießen?

5) Die Linke muß sich des Themas annehmen. Das heißt nicht, daß wir jetzt alle Sozialarbeit machen müssen.

Es gibt zwei Hauptstränge:

a) - Dekonstruktion von Szene-/Viertel-identität,
- Antirassistische, antipatriarchale, antikapialistische Kämpfe als Einheit ganz oben auf die Tagesordnung
- Offenheit gegenüber Schwächen, Wünschen, Ängsten, Süchten, Abkehr von der Blockformierung der Sauberautonomen

b) - Drogendiskussion als Interventionsfeld für die Vermittlung progressiver, systemantagonistischer Inhalte begreifen.

- Forderung nach Entkriminalisierung

Beides wird dieses Jahr erstmal nicht im Rahmen des Viertelfestes zu leisten sein. Die bisherige Nicht-Diskussion würde als Folge einer bloßen Adaptierung fortschrittlicher Positionen (b) zwangsläufig (a) zuwiderlaufen.
Für das Fest sollten wir uns dieses Jahr damit begnügen einen großen Teil der Überschüsse z.B. dem Fixstern zu spenden. Wenn dann jetzt in der Folgezeit ein paar mehr Gruppen zu diesem Thema eine Position entwickeln würden, ließe sich vielleicht im nächsten Jahr mal so etwas wie ein Drogenpolitischer Kongress in der Roten Flora planen. Ein Wochenende, an dem Drogeninis, interessierte linke Gruppen und Einzelpersonen Austausch und Perspektivdiskussion organisieren.
Das wars fürs erste:

LINKE WELTVERBESSERER, SEKTION WOHLERSPARK

Kontakt über: Antifa Planten un Blomen, c/o Schwarzmarkt, kSK 46, 20357 HH

Anmerkungen:
Kapitel 2 stützt sich z.T. auf Dörner/Plog, "Irren ist menschlich", erschienen im Psychologie Verlag, sowie auf eine Sonderausgabe der Zeitung "Tendenz" zum Thema Drogen, herausgegeben von der Gruppe JungdemokratInnen/Junge Linke
Kapitel 3 wurde über längere Passagen wörtlich übernommen aus einer Broschüre englischer (?) AnarchistInnen (?) die wir irgendwo gefunden haben. Eine Kopie des Originaltextes findet sich im Ordner, da Übersetzungsfehler nicht ausgeschlossen sind.
Eine Erläuterung der Fremdworte war geplant, leider fehlt jetzt zum Schluß ausgerechnet dafür die Zeit, peinlich, peinlich.
Das gleiche glit für eine Literaturliste, die wir aber in jedem Falle noch nachreichen, es gibt da einige schöne Sachen zum Weiterlesen.





Macht dumm Kiffen?

Zum 27.7. rief ein Flugblatt, das im Schanzenviertel verteilt und plakatiert wurde, zu einem Smoke-In im Schanzenpark auf. "Einige von euch wissen sicherlich noch vom letzten mal, was an der Moorweide bzw in Schnöseldorf abging... Motto Cannabis legal!" So weit so gut, könnte mensch denken. Weiter geht das Flugblatt allerdings in rassistischem und Junkiefeindlichem Gehetze.: "Der Schanzenpark war im Viertel ein Treffpunkt aller. Leider kommen seit `95 Schwarzafrikaner die nicht im Viertel leben. Es sind ungefähr 30-50. An Feiertagen wurden auch schon 80 - 100 gesichtet." Soso, da kommen also Schwarzafrikaner, die nicht im Viertel leben. Die Ignoranz aus solchen Zeilen spricht Bände. Die "Hasch-Partisanen" wollen die von ihnen als Dealer Ausgemachten am liebsten gleich wieder zurückschicken, wo sie herkommen. Da können sie sich getrost auf staatliche Unterstützung verlassen. Sind doch viele der Dealer Illegale, die durch die drohende Abschiebung dazu gezwungen sind, eben auch illegale Arbeit zu machen. Überhaupt würde Volkes Seele ja gerne jeden Schwarzen wieder in sein Viertel in Mombasa schicken. Klar, daß kiffende Mittelstandsbubis von diesen Störern im Kifferidyll Schanzenpark "die Schnauze voll haben". Mit einigen anliegenden Geschäftsleuten teilen sie die Aufregung über Fixermüll, der liegenbleibt. So daß am Samstag dem 27.7. dann 25 Revolutionäre im Park gegen Dealer und Abhängige kifften, während hundert Meter weiter Geschäftsleute unter Androhung von Prügel einen Junkie von der Schanzenstraße verjagten, und irgendwoanders irgendwelche Drogenbullen bestimmt damit beschäftigt waren, Schwarze zu schikanieren. Gruppen, die sich für einen "sauberen Park" einsetzen, betreiben einen reaktionären Schulterschluß.
Es ist durchaus legitim und notwendig, Yuppies und KunststudentInnen nahezulegen, ihren Porsche oder ihre Inline-Skates nicht im Viertel zu parken, um sich am Abbruchambiente zu erfreuen. Es ist richtig, als Viertel gegen Umstrukturierung, Bullenterror oder Nazis vorzugehen. Wo sich eine fortschrittliche Entwicklung aber ins Gegenteil verkehrt, muß sie bekämpft werden. Wer Junkies, Schwarzafrikaner oder sonstige sozial Benachteiligte aus "seinem Viertel" vertreiben möchte, der betreibt eine reaktionäre faschistoide Politik. Ob jemand im Viertel lebt oder nicht, ist völlig egal. Unsere Politik darf sich nicht über den Wohnort von Leuten bestimmen, sondern muß sich daran orientieren, ob diese Umstrukturierung, staatliche Politik, Rassismus, Sexismus oder Faschismus betreiben oder unterstützen.

Die "Hasch-Partisanen" seien hiermit aufgefordert:
1. Mehr zu kiffen und keine Flugies mehr zu produzieren
2. Ihr Haschisch nur noch aus ihrem Viertel angebaut zu beziehen
3. Ihre Parole "Cannabis legal" in "Eine Rauschfront gegen den Staat. Zusammen kämpfen!" umzuändern.
Dann dürft ihr auch wieder in den Park. Aber solange müßt ihr wieder nach Schnöseldorf wo eure letzten Smoke-In's stattfanden. Sonst gibts nämlich Ärger mit der Kiez-Miliz.

Orbit

AN DIE GRUPPE SOGENANNTER REVOLUTIONÄRER LINKER

Und wieder hat der Backlash zugeschlagen. Diesmal unter dem Namen "Gruppe revolutionärer Linker". Hierfür scheint die Zeck offensichtlich das passende Organ zu sein, denn immer wieder werden hier, wie z.B. auch in der Arranca-Debatte- von den Herausgebern unkommentiert- antifeministische und reaktionäre Stellungnahmen veröffentlicht.



Euer Papier hat mit der von euch proklamierten Parteilichkeit nichts mehr zu tun, sondern ist letztendlich eine klare Absage daran. Wir glauben auch nicht, daß eure Widersprüche nur in der scheinbar unterschiedlichen Definition von Täterschutz liegen, sondern daß ihr eine grundsätzlich andere Position zu patriarchaler Gewalt habt, zu ihrer Funktion und Bedeutung in der Gesellschaft und vor allem zu dem Kampf, den FrauenLesben dagegen entwikkelt haben.
Schon zu Beginn eueres Textes beschwert ihr euch über die Anonymität des Flugblattes, in dem Bernd Klagge als Vergewaltiger öffentlich gemacht wird. Anonymität ist aber ein wichtiger und legitimer Schutz vor der gesellschaftlichen Sanktion und Repression, die allen FrauenLesbenMädchen droht, die sich gegen die patriarchalen Herrschaftsverhältnisse zur Wehr setzen. Seit wann fordern wir FrauenLesben auf, ihren Namen und wohl am besten ihre Adresse unter solche Veröffentlichungen zu setzen? Das erinnert uns eher an die Praxis bürgerlicher Gerichte, vor denen die betroffenen Frauen und Mädchen immer wieder persönlich erscheinen und sich demütigenden, zweifelnden und voyeuristischen Fragen aussetzen müssen. Ihr kritisiert diese Anonymität aber nicht nur, sondern hebt sie durch die genaue Beschreibung der Zusammenhänge, in denen sich die FrauenLesben offensichtlich bewegen oder bewegt haben, einfach offensiv auf. Ihr nehmt ihnen also aktiv den Schutz der Anonymität. Und ihr denunziert nicht nur die konkreten Zusammenhänge, sondern schürt ebenfalls laute Zweifel über deren politische Integrität: "da einige von uns früher von denselben Leuten nach politischem Streit übel politisch diffamiert wurden..." - Eine solche Andeutung kann nur dem Zweck dienen, zu suggerieren, daß die FrauenLesben bei ihrer Veröffentlichung andere Motive gehabt haben. Nichts anderes läuft aber tagtäglich in der patriarchalen Gesellschaft ab, in der Frauen in solchen Situation immer andere Motive unterstellt werden. Meint ihr so unterstützt ihr Frauen, die mit ihren Gewalterfahrungen an die Öffentlichkeit gehen??? Gerade das sollte aber ein Ziel der von euch so proklamierten Parteilichkeit sein.
Daß ihr keineswegs "parteilich seid mit Frauen in diesem patriarchalen Machtsystem" zeigt im Grunde euer gesamtes Papier und das, was ihm zugrunde liegt, denn: Statt des Begriffes Vergewaltigung benutzt ihr die Begriffe "Vergewaltigungsvorwurf, Vorwurf des sexistischen Verhaltens, Tatvorwurf, Vorwurf, Tat". Gleichzeitig finden



wir für die betroffenen Frauen, die die Vergewaltigung offen gemacht haben, Begriffe wie "unklares Verhalten der Frauen", "Spannungsfeld zwischen dem Definitionsrecht der betroffenen Frauen und einer allgemeinen Definition von Vergewaltigung", "mangelnde Eindeutigkeit", "widersprüchliche Begrifflichkeiten", "konnten wir uns des Verdachtes nicht verschließen, daß schnell einiges durcheinandergerät", "Grauzonen zwischen Schwarz und Weiß".
Ein Vergewaltigeranwalt vor Gericht könnte mit Begriffen kaum geschickter umgehen. Was ihr macht, ist das, was die Gesellschaft macht: die Verbrechen an Frauen verharmlosen, beschönigen, umschreiben, bagatellisieren, herunterspielen bishin dazu sie zu ignorieren bzw. sie zu einer Erfindung, einem "Vorwurf" der Frau zu machen. Auch die patriarchale Gesellschaft hat kein Problem damit allgemein zuzugeben, daß es Gewalt gegen Frauen gibt, nur im konkreten wird der Frau dann weder geglaubt, noch wird sie bei ihrer Gegenwehr unterstützt. Genauso macht ihr es in eurem Papier: allgemein proklamiert ihr Parteilichkeit und behauptet ein klares Verhältnis zum Patriarchat zu haben, aber im konkreten, nämlich genau in diesem "Fall", der dann euch scheinbar sehr persönlich betrifft, suggeriert ihr, daß es vielleicht doch keine Vergewaltigung war und fordert dementsprechend auch an keiner Stelle in eurem Papier, daß Bernd und mit ihm alle Vergewaltiger aus linken Zusammenhängen rauszufliegen haben. Im Gegenteil: das Pendant dazu, aus der Vergewaltigung einen "Vorwurf" zu machen ist es dann, die Integrität, die Motive und die Glaubwürdigkeit der betroffenen Frau in Zweifel ziehen.
Das, was ihr mit eurem Papier faktisch erreicht, ist das, was ihr so vehement von euch weist: Täterschutz. "Parteilichkeit in der feministischen Arbeit gegen sexuelle Gewalt heißt, Mädchen und Frauen Hilfestellung anzubieten, ihre Gegenwehr und Auflehnung zu bestätigen, jede Bestrebung nach weiblicher Unabhängigkeit und Selbstbestimmung gegenüber männlicher Dominanz zu unterstützen und gegen die Grundlagen der Gewalt vorzugehen..." (Zitat aus: "Aus anderer Sicht"; Wildwasser, Marburg)

Einen starken Gruß an alle FrauenLesben-Mädchen weltweit, die sich gegen patriarchale Gewalt zu Wehr setzen!
Vergewaltiger raus aus allen Zusammenhängen!
Bernd Klagge raus aus allen Zusammenhängen!
Hoch die internationale feministische Solidarität!
Sisterhood is powerfull!

FrauenLesben für einen parteilichen Feminismus

Einige Bemerkungen zum Text der "Gruppe Revolutionäre Linke"

In der Frage, ob es richtig sei, als "ehemaliger Männerzusammenhang von Bernd Klagge" (im Weiteren BK) in die begonnene Auseinandersetzung öffentlich, schriftlich einzugreifen, gab es ein ganz subjektives Problem:
Im Laufe der letzten Wochen gab es auch an uns verschiedentlich Nachfragen. Manche der Nachfragen - hauptsächlich von Männergruppenmännern richteten sich darauf, wie wir die Auseinandersetzung mit BK geführt hätten, an welchem Punkt sie gebrochen sei, welche Versuche es in der Diskussion gegeben hätte, die Auseinandersetzung konstruktiv zu führen etc. Diese Nachfragen erlebten wir als geprägt vom Willen einzelner Männer oder Männergruppen, Sexismus-Auseinandersetzungen konstruktiv zu führen, voneinander zu lernen, Kriterien des Umgangs mit sexistischen Tätern, mit Sexismus in der eigenen Gruppe zu finden. Das fanden wir teilweise ganz gut, wir sind mit einzelnen wenigen Männern darüber verschiedentlich im Austausch und Gespräch und bleiben da, gerade was auch BK angeht, natürlich weiter ansprechbar.
Es gab aber auch Nachfragen, in die sich andere Töne mischten, und das machte uns erstmal u.a. sehr unlustig uns weiter zu äußern: Es schien, als würde "unsere Version der Dinge" gefragt oder ums deutlicher auszudrücken: Es schien uns, als sollten wir bestätigen, ob das denn so "hinkomme" was die Frauen, die Bernd als Täter öffentlich machten, geschrieben haben.
Das ist einfach nur zum kotzen: offen angreifen mag mann (wir sprechen hier nur von Männern; die Auseinandersetzung unter Frauen läuft woanders, nehmen wir mal an) nicht mehr, dazu ist das Kräfteverhältnis - gerade in Hamburg - nicht günstig. Aber sowas "Relativierendes" würde man vielleicht doch gerne mitkriegen. Daß Frauen "hysterisch" sind und gerne mal übertreiben ist ja nun allgemein männliches Kulturgut.
Oder geht es etwa schon im Ernst darum, daß die Veröffentlichung einer Vergewaltigung durch Frauen und die Schilderung ihres Umgangs einer "Bestätigung" von Männerseit bedarf? Wir (wie lächerlich der Gedanke) als Garanten für Frauen? Wir etwa als "Zeugen" für die betroffene Frau? (Hier wird's nicht lächerlich, sondern zynisch und brutal.)
Dies mal als Vorrede.

Wir kennen über einzelne Bruchstücke hinaus eine Szene-Diskussion zu diesem Fall bisher nicht. Das mag daran liegen, daß unser Kontakt zur Szene derzeit nicht allzu intensiv ist. Von daher kann es sein, daß wir zu einzelnen Punkten, die es Wert wären, beantwortet zu werden, nichts sagen können. Aus Zusammenhängen oder Plena, in denen BK wohl bis zuletzt noch vertreten war, hörten wir eine Kritik und eine große Unzufriedenheit gegenüber den Frauen, die das Bernd-Flugblatt schrieben: Warum seien diese Zusammenhänge, gerade als gemischte Zusammenhänge nicht informiert worden. So seien Frauen auf diese Weise unnötigerweise mit BK konfrontiert gewesen.
Diese Kritik geht, meinen wir, an alle, die aktuell mit Bernd zu tun hatten, sie trifft auch ganz sicher uns - denn wir haben letztlich nicht mit den Frauen geklärt, welche Aufgabe die unsere dabei sein könnte, sondern ihnen den Brocken hingeschoben, nachdem BK zu uns den Kontakt abgebrochen hat - sie kann aber ganz sicher nicht an die Frauen gerichtet sein, die letztlich die Verantwortung übernommen haben und verschiedentlich Zusammenhänge über BK informiert haben, wenn sie nicht alle Zusammenhänge mitgekriegt haben. In allererster Linie haben sich das die GRL-Männer und die, die mit BK noch Politik zusammen machten, anzuziehen.

Nachvollziehen können wir, daß die GRL im letzten Jahr mit und wegen Bernd ziemlich Streß hatte, wahrscheinlich auch als gemischter Zusammenhang untereinander. Und sicher ist es auch lästig, konfrontiert zu werden, wenn man oder frau damit und auch evt. mit ihm vielleicht längst abgeschlossen hat. Es geht aber wirklich nicht an, als Reaktion auf die Kritik der Frauen so mit Dreck zu schmeißen, wie es in eurer Stellungnahme geschehen ist. Und deswegen werden wir - wenn auch mit Widerwillen - hier einsteigen und zu einigen Punkten etwas sagen.
1) Und wir fangen gleich an mit diesem unglaublichen Satz am Anfang eures Papiers: "Anonyme Flugblätter verhindern Nachfragen und sind Grundlage wüstester Spekulationen."
Was bitte soll ein solcher Satz am Beginn eines Papiers anderes sein als Suggestion? Bevor noch irgendeine Info geflossen ist (außer, daß es um BK geht) wird hier suggeriert, es gehe um ein Nacht-und-Nebel-Flugblatt mit dem unhinterfragbar und quer gegen - ja gegen wen eigentlich: gegen den Täter oder gegen die GRL? - geschossen wird.
Wir sollten uns erinnern:
a) Das Flugblatt hat nicht die GRL zum Thema, sondern macht eine Vergewaltigung und den Täter öffentlich.
b) Für die linke Szene-Öffentlichkeit, an die sich das Flugblatt wendet, hat die Info anonym zu bleiben. Es geht keinen was an, wer die betroffene Frau und die unterstützenden Frauen sind. Da sind wir uns wohl einig.
c) Die GRL kennt alle, die Schreiberinnen, uns - als ehemaliger Männerzusammenhang von Bernd - und alle kennen sich untereinander: also ist es von dieser Seite her kein anonymes Flugi. Warum also, wenn's nicht um einen stimmungsmachenden Anfang geht? Und schließlich
d) Wer "wüst spekuliert" wissen wir nicht. Die Schreiberinnen haben die GRL kritisiert, diese Kritik liegt klar auf dem Tisch, darauf kann die Gruppe antworten. Vielleicht bekommt die GRL wegen ihres Umgangs noch anderweitig derzeit einiges Kritisches zu hören. Aber worüber spekulieren?

2) Zu dem Satz:
"...Spannungsfeld zwischen dem Definitionsrecht der betroffenen Frau und einer allgemeinen Definition von Vergewaltigung, entwickelt von der revolutionären-feministischen Frauenbewegung."
Bedeutet dies, daß die Benennung außerhalb dessen liegt, was die rev.fem. Frauenbewegung als Vergewaltigung definiert hat. Was bezweckt dieser Satz? U.W. war es doch ein erkämpftes Ergebnis der fem. Bewegung, daß es die Frau ist, die definiert, was für sie eine Vergewaltigung ist.

3) Zurecht schreibt die GRL, daß "Das scheinbar klare Verhältnis zwischen >Anklägern< und >Angeklagtem<" sie "besonders unter Männern" mißtrauisch mache und - leider läßt sich der Text nur so lesen - charakterisieren damit unsere Diskussion mit Bernd. Schade, daß ihr diese nur aus Bernds Schilderungen kennt. Zumindest nicht von uns. Und wenn dann zum Abschluß des Abschnitts noch "beiläufig" erwähnt wird, daß einzelne von uns und den Frauen eh zu "übler Diffamierung" neigen, dann ist es doch schon fast wieder verständlich, daß ihr eine weitere Auseinandersetzung mit uns nicht zur Bedingung für Bernd gemnacht habt. Oder? (Daß damit nochmal - anonym, diffamierend, sonst noch was? - den Frauen eins übergebraten wird, paßt ganz gut ins Konzept eures Flugblattes.) Was sollen wir euch darauf antworten? Mit Sicherheit wurden in unserem Versuch Fehler gemacht, wir kannten und kennen zu wenig Zeugnisse fruchtbarer, auf einen beständigen Prozeß von Kritik und Selbstkritik - nicht zum Selbstzweck, sondern auf konkrete, auch kollektiv erfahrener Veränderung bezogene Diskussions- und Kampfprozesse unter Männern. Zu wenig, um nicht selbst mißtrauisch zu sein, zu wenig, um uns auf einigermaßen sicherem Boden zu bewegen. Wir haben eigentlich wenig Lust, in diesem Rahmen davon zu berichten. (Vorher gab es anscheinend für die Männer, die mit BK weiter arbeiten wollten, nicht die Notwendigkeit eines Berichtes von uns.) Es geht auch keinesfalls

darum, die BK-Diskussion nochmal aufzurollen oder Vorgänge in Frage zu stellen oder so. Doch wenn wir sehen, wie leicht ihr es euch hier gemacht habt, wo wir es überprüfen und also davon berichten können, dann wird uns bei dem Gedanken recht übel, in welchem Verhältnis ihr von euren Auseinandersetzungen mit den Frauen berichtet (Auseinandersetzungen, die wir nicht - oder nur rudimentär - kennen.)

Wie war`s für uns?

Als Männer aus einem gemeinsamen politischen Zusammenhang, die darüber hinaus noch freundschaftlich verbunden waren, wurden wir zu Zeiten der Waßmann-Diskussion das erste Mal zum recht losen Zirkel. In der weiteren Diskussion entstand das Ziel, uns gemeinsam weiter an der Sexismus-Auseinandersetzung zu beteiligen, in sie zu intervenieren und wir sahen die politische Notwendigkeit - mal als Minimalkonsens so genannt: - als Internationalisten unseren Antiimperialismus, wie er sich die letzten 25 Jahre auf der Grundlage des ML entwickelt und präsentiert hat mit dem Feminismus, der revolutionären feministischen Kritik, wie sie sich für uns sichtbar in den letzten Jahren in den Metropolen wie in den Drei Kontinenten entwickelt hat, zu konfrontieren. Wir sahen es dafür als notwendig an (aus Kritik und Konfrontation mit den Frauen des gemischten, gemeinsamen Zusammenhangs), eine parallele Auseinandersetzung um unseren eigenen Sexismus und eigene patriarchale Machtstrukturen und - was für uns nicht nur in dieser Konstellation neu war und ist: - einen beständigen Prozeß gegenseitiger Kritik und Reflektion zu entwickeln. Zur Verfahrensweise hatten wir gemeinsam entschieden, daß in konkreten Auseinandersetzungen um einen von uns Männern nicht - wie wir es aus der Männergruppendiskussion sonst oft kennen - sofort abwiegelnd und friedenstiftend auf andere ausgewichen wird um - "na, da haben wir ja alle irgendwie Scheißstrukturen" - zu relativieren. Sondern wir haben genau das als Voraussetzung gesehen und davon ausgehend es so gehalten, daß eine Kritik so genau geführt werden muß, daß es möglich ist, konkrete Schritte der Veränderung zu formulieren und in der Debatte umeinander eine Genauigkeit entsteht, die ein wechselseitiges Wegtauchen in Diskussionen (für uns immer wieder bezeichnend für - auch unsere eigenen - Männerdiskussionen) zu vermeiden hilft. Mit diesem Umgang waren übrigens bis zuletzt alle einverstanden. Die Schärfe, die die Auseinandersetzung für BK haben mußte (noch weit vor der Nennung der Vergewaltigung), war uns bewußt. Auch war uns bewußt, wie schwierig unsere Konstellation war: die GRL hat es ja genannt - wir gehörten unterschiedlichen "Fraktionen" an. Trotzdem war diese widersprüchliche Situation für uns alle (auch Bernd!) schlichtweg nunmal Bedingung aus unserer gemeinsamen politischen Geschichte heraus und der Verantwortung, die sich daraus für uns ergab.

Was sollen wir von dieser Auseinandersetzung jetzt hier schildern? Was ist davon jetzt noch wichtig? Warum jetzt zur Abwehr einer Schlammschlacht den Versuch unseres Umgangs erklären, wo es doch vorher nicht interessiert hat? Noch dazu vor einer Szene-Öffentlichkeit, die in ihren männlichen Teilen oft genug nur ein geiriges Verhältnis zu solchen Auseinandersetzungen hat und bestenfalls Brot-und-Spiele-mäßig "Haltungsnoten" verteilt? Wir haben die Diskussion dorthin vermittelt, wo es wichtig war und unsere Erfahrung fließt ein in heutige Auseinandersetzungen. In diesem Rahmen hier soll ein Punkt zur Erinnerung genügen:

Zweite absolute Priorität neben dem Ziel, die Auseinandersetzung gründlich zu führen, war die, mit allen die Auseinandersetzung gemeinsam zu führen - auch mit Bernd, es ging nie um eine sog. "Ausschlußdiskussion" - sondern der Bruch von Bernd war für uns das Scheitern eines gemeinsamen Versuchs. Damals empfanden wir das so. Auch wenn wir ihm damals klare Bedingungen sellten und wir am Ende untereinander schon nicht mehr davon ausgingen, daß die Auseinandersetzung noch fruchtbar wird. Um's mal an einem Punkt deutlich zu machen: in unseren Überlegungen, wie wir die Auseinandersetzung "retten" können, tauchte in der Zuspitzung der etwas resignierte Gedanke auf, ob es nicht besser sei, die Auseinandersetzung mit BK erstmal abzubrechen - über anderes zu diskutieren, eine andere Praxis einzuschlagen, um es ihm zu ermöglichen, im Kontakt mit uns drin zu bleiben und es ihm zu ermöglichen - in einer solchen Atempause - wieder Vertrauen zu uns herzustellen. Denn daß er das verloren hatte war klar, hat er auch so formuliert - und alle Bemühungen, unsere Grundlage als gemeinsame, unser Ziel aus dem jeweiligen pat. Strukturen, den jeweiligen Scheißgeschichten antisexistische, antipat. Praxis Schritt für Schritt im dialektischen Prozeß zu entwickeln, als gemeinsames Ziel zu definieren - all das hörte Bernd zu dieser Zeit nicht mehr.

Zwar wäre dies ein Bruch mit der Maxime gewesen, ein Abtauchen aus einer aktuellen Diskussion nicht zuzulassen. Und ganz sicher auch falsch und scharf zu kritisieren: Definiert es Männer-Auseinandersetzung um eigenen Sexismus runter von der Einmischung ins Machtverhältnis auf eine "Möglichkeit der Debatte", die man eben ergreift oder auch nicht. Doch war klar und wir darin hilflos genug, daß die Auseinandersetzung faktisch zerstörerisch wurde, wo massive Blockaden zur Grundstruktur gehören. Letztlich haben wir diese Idee aber auch wieder verworfen.

Mit der Benennung der Tat als sexistischer Gewalt in unserer Gruppe war dann aber der Zeitpunkt gekommen, zu dem B. den Kontakt von sich aus zu uns abbrach. Wir versuchten ihm zu erklären, daß seine Argumentation, es gäbe Männer, mit denen er die Auseinandersetzung besser führen könne, bestenfalls Selbstbetrug sei, da diese Männer ihn viel weniger kannten - wir also befürchteten, daß er sich aus der Konfrontation stiehlt. Ebenso haben wir es nicht akzeptiert, daß seine Blockaden anderen Männern gegenüber nicht mehr relevant sein sollten.

Wir wissen wirklich nicht, ob unser Männerkreis in dieser Konstellation überlebensfähig war, ob wir es geschafft hätten, nach der ersten Hürde auch die zweite noch zu nehmen - und mit "wir" meinen wir uns alle, nicht nur B. Das nochmal ganz unabhängig von den Konsequenzen gedacht - persönlich wie politisch - die für uns angestanden hätten, als wir nach mehrfacher Intervention der Frauen in der Auseinandersetzung mit BK endlich durch sein Blockieren und unsere Defensivität zum "Kern" kamen. Mit Sicherheit - weil Entwicklung ist nur als Prozeß möglich und Prozeß heißt widersprüchliche Bewegung - haben wir da drinnen Fehler gemacht, wird es in unserem Versuch damals auch Scheiße gegeben haben. Aber um ganz ehrlich zu sein: das ist für uns überhaupt nicht der Punkt. Denn etwas mehr als euer mißtrauenerweckendes "scheinbar klares Verhältnis zwischen >Ankläger< und >Angeklagtem<" haben wir schon probiert. Das nochmal als - sicherlich im Verhältnis zu lang geratener - Einwurf zu der Art und Weise, wie ihr auf die Kritik in der Veröffentlichung reagiert habt, an einem Punkt, den wir überprüfen konnten.

"Der ehemalige Männerzusammenhang", Juli '96



Arrcanca - Schwarzmarkt - Zeck

Zur Diskussion um den Nichtverkauf der Arranca Nr.8 spring 96 (a.) im Schwarzmarkt Hamburg

1. Bildersprache - oder: Keinen Finger krumm für Sexismus

Frau, jung, dünn, kurzhaarig, ohne Hände mit gesenktem Kopf und Lady-Di-Blick im Zentrum des Bildes, vom Scheitel zu den Knien, im Rücken und von vorne 2 Schwänze, 4 Männerhände, 2 Männerkörper, auch jungschlank - was sagt uns das über den "*sexualmoralischen Verdrängungszusammenhang*" (a.: Titel)? Zum Beispiel, daß Frauen schön anzusehen sind und ´rumstehen und Schwänze wichtige ausführende Organe sind. Zum Beispiel, daß Männer geradeheraus oder von oben herab blicken und Frauen als neugieriges Schulmädchen-mäuschen kokettieren. Wo - oder für wen - ist nun die Spannung zwischen "Unschuldsmiene" und Doppelpenetrationsoption? Heimliche Wunsche hinter den Augen, die die Arranca als Kontrapunkt setzen will zum Streit um Sexismus in der Linken, zum Streit um sexistische Gewalt, bei dem es der Redaktion manchmal scheint, als ginge es eher um die Setzung "*moralischer Tabus und nicht etwa um ein lustvolles sexuelles Leben*" (a., S. 3)? Geschlechterverhältnisse zu entpolitisieren, indem man sie zur Frage der Moral erklärt, ist ein ebenso langweiliger wie wirkungsvoller Trick der Herrschaft.

Arranca springt hier voll in die Bresche, müht sich um die säuberliche Trennung von Lust und Gewalt - und häkelt an der Norm von Lust, in die die Gewalt eingeschrieben ist. Sie wollen für die "gute Seite" von Sexualität, das "*lustvolle(...) sexuelle(...) Leben*" Zeichen setzen als Kontrapunkt zu den "*Tabus*", der "schlechten Seite", die sexistische Gewalt ist. Und zeichnen ein Bild von der ganz normalen, hegemonial getragenen Heterosexualität. Dazu gehören

- Freuds Psychoanalyse
- Pornographie
- vielweibernde Kommunarden, die stolz verkünden, daß nur ihre Frau Polygamie nicht so gut fand (gell, mit ihm war´s doch am besten!)
- kinderverletzende Leithammel
- eingeschnürte Frauen
- Dienstmädchenhauben
- Lady-Di-Blicke
- ganz viel Penetration und
- der leidige Gedanke ans Kondom.

Einen Finger krumm machen in Form des Über-den-Tresen-reichen und 7-Mark-kassieren für etwas, was eine Scheiße findet, ist Dienstleistung. Das ist nicht der Job der Frauen und Lesben im Schwarzmarkt.



2. Wir begrüßen die Entscheidung der Schwarzmarkt-Frauen/Lesben, die Nr. 8 der Arranca nicht zu verkaufen.

Die Arranca ist kein progressiver Beitrag zu einer gemischtgeschlechtlichen Diskussion um Sexualität, sondern allein durch die Bildauswahl ein sexistischer Angriff auf Bildzeitungsniveau. Wir finden es ärgerlich, daß so etwas überhaupt in "unserer" Szene unter der Überschrift Sexualität verstanden wird. Keine soll diese Scheiße verkaufen müssen. Der Nichtverkauf ist für uns nur die richtige Konsequenz aus der Feststellung, daß in der a. größtenteils unreflektiert sexistische Gewalt dargestellt wird - und zwar unter dem Deckmäntelchen und anscheinend spektakulären Thema Sexualität. Für diese Feststellung reicht die Bildauswahl aus. In den Texten wird die Aussage der Bilder nicht revidiert.



Über Sexualität soll geredet werden. Es geht uns nicht darum, einen Austausch und eine Diskussion über Sexualität zu vermeiden. Jedoch ist nicht jedes Gerede und jede Darstellung automatisch förderlich für die Befreiung von Sexualität aus gesellschaftlichen, also patriarchalen Vorstellungen. Auch das Reden über Sexualität muß sich messen lassen an dem Ziel,eine gesellschaftliche Veränderung herbeizuführen, in der Frauen und Männer machtfrei Sexualität leben können - als sich gleichberechtigt begegnende Individuen, die frei darüber übereinkommen können, was ihnen Spaß macht. Die Nr.8 der a. ist nicht geeignet zur Erreichung dieses Ziels, sondern schlägt uns ins Gesicht.

Mit diesem Ziel vor Augen geht es unserer Meinung nach nicht, über Sexualität zu reden, ohne über sexistische Gewalt und den gesellschaftlichen Raum um uns und in seiner Ausprägung in uns zu reden, in dem Sexualität stattfindet. In diesem gesellschaftlichen Raum wird zu oft sexistische Gewalt mit Sexualität verwechselt oder bewußt irreführend so benannt. Um eine vorwärtsbringende Auseinandersetzung um Sexualität zu führen, müssen die Faktoren benannt werden, die die Sexualität für Frauen und für Männer prägen. Diese sind für Frauen und Männer verschieden. Dazu gehört leider zwingend die gesellschaftliche Realität der patriarchalen Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen, die auch ihre Sexualität beeinflussen. Dies gilt für alle Frauen, wenn auch in unterschiedlicher Weise, je nachdem, welche Erfahrungen sie gemacht haben, in welchen Gewaltverhältnissen sie gelebt haben oder leben und inwieweit sie für sich erkämpft haben, die Verhältnisse und ihre eigenen Vorstellungen von Sexualität von sexistischer Gewalt zu befreien. In diesem Rahmen begrüßen wir durchaus den Austausch über die Erfahrung mit Sexualität, um so verinnerlichte patriarchale Vorstellungen von Sexualität loszuwerden und andere zu entwickeln.



Wir ziehen es jedoch vor, mit Frauen darüber zu reden, beziehungsweise ist dies das für uns am Meistversprechende und vorrangig zu Entwickelnde. Aus dem Mißtrauen heraus, das wir (nicht nur, aber auch) beim Thema Sexualität bei gemischten Zusammenhängen haben, ist es für uns politisch erstrebenswert, die Diskussion über Sexualität zuerst unter Frauen zu führen. Daß heteroliebende Frauen ihre sexuellen Gelüste und Grenzen Männern gegenüber kundtun, sehen wir dazu nicht als Widerspruch, sondern denken, daß sie durch das Reden unter Frauen darin bestärkt werden.



Uns ist unbegreiflich, warum sich in einschlägigen Szeneblättern die öffentliche Aufregung auf den Nichtverkauf der a. durch die Schwarzmarktfrauen konzentriert, der Inhalt der a. aber weitgehend unbestritten bleibt. Daß der Nichtverkauf der a. durch die Schwarzmarktfrauen die a. aufgewertet haben soll (zeck, Nr.50) finden wir nicht - sie ist inhaltlich noch genauso schwach wie vorher.



Zur zeck, Nr.50:

Die Lebensrealität von Frauen in Bezug auf sexistische Gewalt als ein prägender Faktor von Sexualität von Frauen finden wir eindeutig (S.7 rechts oben). Auch wenn wir altmodisch sind, halten wir daran fest, daß gesellschaftliche Bedingungen für Frauen und Männer unterschiedlich sind, was sich auch im Leben und Denken von Sexualität

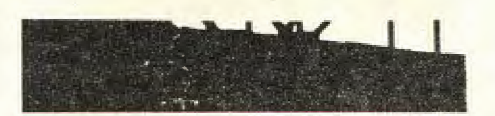
ausdrückt. Den Gender-Ansatz halten wir zwar als Denkansatz für förderlich, in unserer gesellschaftlichen Realität spielt er jedoch nur eine nebensächliche Rolle. Der Gender-Ansatz gibt Perspektiven für die Überschreitung von Geschlechtergrenzen, führt aber nicht an Verhältnissen vorbei, die von der bestehenden Geschlechterhierarchie gepägt sind und erübrigt deshalb auch nicht einen Kampf gegen den Ist-Zustand. Wir lassen uns kritisch hinterfragen, lassen deswegen aber noch lange nicht jeden erkämpften Ansatz ansägen. Ein solcher ist für uns die Notwendigkeit feministischer - nicht gemischtgeschlechtlicher - Organisierung, um aus einer Position der Stärke gemischte Politik antipatriarchal zu beeinflussen. Wir weisen es von uns, die feministische Bewegung mit dem kollektiven Opferstatus versehen zu wollen (S.9 links unten). Wir kämpfen gegen gesellschaftliche patriarchale Bedingungen, Mechanismen und Handlungen Einzelner, die uns in unserer Freiheit und Würde einschränken.
Es ist uns übrigens unverständlich geblieben, was die Gefahr der Identitätspolitik mit der Debatte über und den Konsequenzen aus der Vermischung von Sexualität und sexistischer Gewalt zu tun hat (S.9 mitte). Was ist am Nichtverkauf pornographischer Bilder durch die Schwarzmarktfrauen Identitätspolitik? Wenn mensch als Frau angegriffen wird, wehrt sie sich als Frau.
"Begehren ist durch die verschiedenen gesellschaftlichen Vorstellungen und Praxen geprägt" (S.9 unten).
Als Antwort auf die Entscheidung von Feministinnen, nicht für die Verbreitung der a. zu arbeiten, macht das abstrakte "verschieden" skeptisch: Als wäre Begehren zwischen Frauen und Männern etwas unter lauter gleich verschiedenen Menschen. Dem ist nicht so. Begehren ist eben auch durch die verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen von Frauen und Männern geprägt. Oder mit den Worten von Rommelspacher (zitiert nach Muschi Untermeier, interim Nr. 379, S. 23): Selbstsein und Hingabe sind im sozialen Kontext nicht mehr machtfrei denkbar.
Begehren und Politik (S.10 oben) verknüpfen sich unserer Meinung nach nur, wenn der gesellschaftliche Rahmen des Begehrens aufgezeigt und nicht zugewischt wird. Nur dann kann es auch dazu führen, daß sich der gesellschaftliche Rahmen verändert und dies wieder Rückwirkungen auf das Leben, Ausprobieren und Genießen von Begehren haben kann.

zu Muschi Untermeier:
"Sexuelle Gleichwertigkeit bedeutet Aufhebung der mechanischen Polarisierung zwischen Aktivität und Passivität (...) Von sexueller Gleichwertigkeit sind wir in einer patriarchalen Gesellschaft meilenweit entfernt."(a., S.45)
Eben! Sexuelle Gleichwertigkeit schaffen wir unserer Meinung nach nur gesellschaftlich. Dabei freuen wir uns über jede individuelle Befreiung von gesellschaftlichen Klischees und würden auch nicht ausschließen, daß eine solche Rückwirkungen auf gesellschaftliche Bedingungen haben kann. Wir schätzen diese jedoch als gering ein und meinen, daß an der Veränderung patriarchaler Bedingungen kein Weg dran vorbei geht und die Schwerpunktsetzung, die M.U. in ihrem Artikel wählt, im Rahmen der a. an ihrem und unserem Anliegen etwas vorbeigeht.

frauenbande, Hamburg, Juli 96







Zeugin gesteht Meineid im Fall Mumia Abu-Jamal

Dieser Artikel erschien zuerst in "The Militant" vol.60/Nummer 24-17.Juni, 1996 von Pete Seidmann

Philadelphia-Eine der wichtigsten ZeugInnen im Mordprozeß des Jahres 1982 des "death row" Gefangenen Abu-Jamal hat am 21. Mai 1996 zugegeben, daß sie, aufgrund des Drucks durch die Polizei, log. Am nächsten Tag wandte sich Leonard Weinglass, der Hauptanwalt Abu-Jamals an Richter Alfred Sabo: Er möge diese neue Aussage zu Kenntnis nehmen, um die Möglichkeit zu erörtern, einen neuen Prozeß einzuberufen. Abu Jamal sitzt schon seit 14 Jahren in der Todeszelle, nachdem er beschuldigt wude, 1982 den Polizeioffizier Daniel Faulkner getötet zu haben. Eine internationale Kampagne zur Unterstützung von Abu Jamal zwang Sabo letzten Sommer die Hinrichtung auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Die Zeugin, Veronica Jones, arbeitete als Prostituierte in der Nähe des Ortes, an dem Faulkner erschossen wurde. In ihrer ersten Aussage gegenüber der Polizei sagte sie, daß sie zwei unidenfizierte Männer gesehen hätte die gleich vom Tatort weggerannt seien, nachdem sie die Schüsse gehört hatte. Im Gerichtsprozeß leugnete sie gegenüber der Verteidigung diese Aussage.
In ihrer neuen vereidigten Aussage besteht Jones auf die Wahrheit ihrer ursprünglichen Aussage. Sie betonte, daß sie ihre Angaben revidiert hatte, weil sie selbst zwei Wochen vor Prozeßbeginn gegen Abu Jamal wegen eines schweren Verbrechens von der Polizei verhaftet worden war. Sie wurde zu einer Falschaussage gezwungen, weil sie im Knast saß und eine Strafe von 10 bis 15 Jahren erwartete.
Jones erzählte: "Ungefähr eine Woche, bevor ich als Zeugin vor dem Gericht erscheinen sollte, suchten micht zwei weiße Detektive in Zivil auf. Zunächst war ich ziemlich erschrocken, weil mir die Gefängniswärter erzählt hatten, daß mein Anwalt kommen sollte. Die Detektive sprachen nicht von meinem Prozeß, sondern von Mumias Prozeß. Sie sagten mir, daß, wenn ich gegen Abu Jamal aussage und ihn als den Täter identifiziere, ich mir um meinen eigenen Prozeß keine Sorgen mehr zu machen brauche. Ich habe den Detektiven wiederholt gesagt, daß ich die Schießerei nicht gesehen habe, sondern daß ich zwei Männer sah, die wegrannten, als ich die Schüsse hörte. Aber das wollten sie nicht hören. Die Detektive haben mich dadurch bedroht, daß sie micht ständig daran erinnerten, daß ich selbst eine hohe Strafe zu erwarten hatte,... und die ganze Zeit bedrängten sie mich, ihre Version zu übernehmen. Als sie endlich abgehauen waren, wurde mir klar, daß, wenn ich zugunsten der Verteidigung Abu Jamals aussagen würde, ich selbst jahrelang im Knast sitzen müßte. Nur ein paar Tage später wurde ich zum Gericht gebracht. Ich dachte, daß es sich um meinen eigenen Prozeß handelte, ich war aber sehr überascht, daß ich mich im Prozeß von Abu Jamal befand. Die Detektive, die mich bedroht hatten, befanden sich im hinteren Teil des Gereichtssaals. Als der Anwalt Abu Jamals mich bat, meine Aussage, die ich gegenüber der Polizei gemacht hatte, zu bestätigen, habe ich sie geleugnet. Ich hatte Angst, daß sie mich bestrafen würden, falls ich der Verteidigung helfen sollte."
"Damals war ich 23 Jahre alt und hatte drei kleine Kinder. " Jones fügte hinzu, daß, nachdem sie die Falschaussage gemacht hatte, sie freigelassen und zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde. Jones behauptete weiter, daß eine andere Prostituierte - namens Cynthia White - , die auch in der Gegend arbeitete, Abu Jamal ebenfalls als den Mörder von Faulkner identifiziert hatte. Sie hatte den selben deal mit der Polizei gemacht. In der Berufungsverhandlung im August letzten Jahres sind andere ZeugInnen vernommen worden, die betonten, daß White die Schießerei gar nicht gehört haben konnte, weil sie sich zur der fraglichen Zeit in einer Seitenstraße befand.
In einer Pressekonferenz am 22. Mai sagte Weinglass:"Das ist der erste unwiderlegbare Beweis, daß die Verurteilung Abu Jamals durch falsche Aussagen erreicht wurde." Er forderte einen neuen Prozeß und die Aufhebung des Urteils.

Leicht geändert aus: "Angehörigen Info"

Hungerstreik in der Türkei: Ein unter großen Opfern errungener Erfolg

Am 69. Tag wurde der Hungerstreik in türkischen Gefängnissen, an dem sich zuletzt 1500 Gefangene beteiligten, 270 von ihnen im Todesfasten (d.h. sie verweigerten auch die Aufnahme von Flüssigkeit), beendet. Über 10.000. Gefangene beteiligten sich mit Unterbrechungen an dem Kampf gegen die Haftbedingungen.

Mindestens zwölf Gefangene starben.

Die Forderungen der Hungerstreikenden, von denen nur einige erfüllt, bzw. ihre Umsetzung versprochen wurde, waren im Wesentlichen die Beendigung von Folter und Mißhandlungen, Schluß mit den Inhaftierungen weit weg vom Wohnort, verbesserte Besuchsrechte sowie Schließung des berüchtigten Eskisehir-Gefängnisses.

Im Folgenden eine (unvollständige) Chronologie des Hungerstreiks (HS):

25.4.: 15 Gefangene in Diyarbakir treten in den HS gegen Folter und Mißhandlungen

16.5.: Gefangene aus verschiedenen linken Organisationen (DHP, Dev Yol, PKK u.a.) schließen sich an.

20.5.: 1500 Gefangene sind im permanenten HS.

8.6. : In Istanbul werden 1500 TeilnehmerInnen einer verbotenen Demonstration verhaftet.

14.6.: Laut taz befinden sich 3000 Gefangene im HS

30.6.: Die Gefangenen aus der PKK beenden ihren HS, um das Verhalten der neuen türkischen Regierung abzuwarten.

3.7. : 156 Hungerstreikende beginnen das Todesfasten.

5.7. : Brandanschläge auf türkische Einrichtungen in Köln, Recklinghausen und Dortmund. In Köln wird vorübergehend das Büro der Istanbul Airlines besetzt.

8.7. : Brandanschlag auf die Räume des türkischen Fußballvereins "Fatih Spor". Die Bullen nehmen einen Verdächtigen fest.

Besetzung der Spiegel-Redaktion in Hamburg durch 100 überwiegend türkische und kurdische DemonstrantInnen, um auf den HS in der Türkei aufmerksam zu machen. Nach 2 Stunden wird die Besetzung beendet.

11.7. : 171 Gefangene in der Türkei nehmen am Todesfasten teil.

13.7. : Bereits 190 Gefangene befinden sich im Todesfasten.

16.7. : Brandanschlag auf türkisches Vereinsheim in Frankfurt/M und Kundgebung vor dem Generalkonsulat in Hamburg.

203 Gefangene im Todesfasten.

18.7. : 40 Menschen besetzen das Büro der Hürriyet-Redaktion in Frankfurt/M. In Köln halten 40 FrauenLesben eine Kundgebung ab, nachdem ein Solidaritäts-Hungerstreik von türkischen und kurdischen GenossInnen von der Polizei brutal aufgelöst worden war. 10 Frauen wurden für 2 bis 17 Stunden verhaftet, zwei Frauen wurden schwer mißhandelt und verletzt.

Brennende Barrikaden in Istanbul, die Polizei geht mit Panzerwagen gegen 2-300 DemonstrantInnen vor

20.7. : Ein friedlicher Sitzstreik des Stadtbüros der linken Partei Freiheit und Solidarität in Ankara wird von der Polizei brutal aufgelöst.

In Köln verhindern die Bullen eine verbotene Demonstration, 200 TeilnehmerInnen werden vorläufig festgenommen.

21.7. : Als erstes Todesopfer im HS stirbt Aygün Ugur im Istanbuler Ümraniye Gefängnis.

22.7. : Altan Berdan Kerimgiller stirbt als zweites Todesopfer in Istanbul. 270 Gefangene beteiligen sich am Todesfasten.

23.7. : Brandanschläge gegen türkische Moscheen und Kulturvereine in Bremen, Berlin, Dortmund, Köln und Oberhausen.

24.7. : 3.Todesopfer ist Ilginc Özkeskin im Istanbuler Gefängnis Bayrampara, vor dem Knast wird eine Protestveranstaltung brutal auseinandergetrieben.

Brandanschläge auf türkische Einrichtungen und Läden in Stuttgart, Pforzheim, Ludwigsburg und Basel.

Die mehrtägige Besetzung des SPD-Büros in Frankfurt wird nach Strafantrag der SPD von den Bullen beendet.

In Kiel wird das Landesparlament besetzt, die Personalien der BesetzerInnen werden von der Polizei aufgenommen.

25.7. : Vier weitere Tote in Ankara, Bursa, Aydin und Cankiria. An einer Demonstration vor dem Staatssicherheitsgericht in Istanbul beteiligen sich 1500 Menschen. Straßenschlachten in Istanbul und anderen türkischen Städten.

26.7. : Brandanschläge in Hamburg-Hamm, Duisburg und Northeim auf türkische Einrichtungen und Läden.

Besetzung des ASTA-Büros der Uni Kaiserslautern.

Die Gefangenen aus der PKK (mehr als 10.000) schließen sich den 1500 Hungerstreikenden an, 314 Gefangene beteiligen sich am Todesfasten.

Im Hamburger Knast Fuhlsbüttel treten 60 Gefangene für zwei Tage in den Hungerstreik.

28.7. : Anschläge in Baden-Württemberg, Berlin, Rheinland-Pfalz, Bremen und Hessen.

Der Hungerstreik wird nach 69 Tagen abgebrochen.

13 Gefangene sind gestorben, 10 liegen im Koma.

Die türkische Regierung geht auf folgende Forderungen ein:

1. Das Spezialgefängnis Eskisehir wird nicht mit politischen Gefangenen belegt, die 102 Gefangenen werden nach Istanbul verlegt.
2. Mißhandlungen und Übergriffe bei Gerichts- und Krankentransporten werden eingestellt.
3. Menschenwürdige Haftbedingungen
4. Einstellung der Repression gegen Familienangehörige
5. Frühere erkämpfte demokratische Rechte müssen weiterhin gelten.
6. Keine Behinderung der Anwälte bei Gefängnisbesuchen.
7. Freie soziale und kulturelle Beziehungen zwischen den Gefangenen.
8. Uneingeschränkte Zulassung von legalen Büchern und Zeitschriften.
9. Einsetzung eines internationalen Beobachterkomitee zur Kontrolle der Umsetzung der Zusagen.
10. Inhaftierung von Untersuchungshäftlingen in der Nähe ihres Wohnortes.



»Blitzaktion« der Polizei gegen Besetzer des Frankfurter SPD-Büros

Rassistische Ermittlungen in Lübeck- the empire strikes back

Am 24. Juli wurden die Büroräume des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus von der Polizei aufgebrochen und durchsucht. Grundlage für den richterlichen Durchsuchungsbeschluß vom 18. Juli war der Vorwurf, mit dem Plakat »Safwan ist unschuldig« den leitenden Staatsanwalt beleidigt zu haben. Außerdem wird wegen des Verdachts der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole (§ 90a StGB) ermittelt.
Im Text des Plakates, so heißt es in der richterlichen Begründung, werde die Forderung erhoben, rassistische Ermittlungen zu beenden. Neben dieser Forderung ist der zuständige Staatsanwalt Böckenhauer abgebildet, der vor dem abgebrannten Haus in der Lübecker Hafenstraße steht und genüßlich an einer Zigarette zieht.
Beschlagnahmt wurden neben dem Restbestand an Plaketen und Flugblättern insbesondere zwei Computer sowie zahlreiche Disketten und CDs. Diese seien, so daß Amtsgericht Lübeck, daraufhin zu untersuchen, ob sie noch weitere unveröffentlichte (!) Texte enthalten, die den Tatbestand der Beleidigung erfüllen könnten. Ein Blankoscheck also für weitere wahllose polizeiliche Ermittlungen. Inzwischen ist der Vorwurf der Staatsanwaltschaft auf ein weiteres Flugblatt des Bündnisses ausgeweitet worden, welches nach der Durchsuchung erschien und in dem der Vorwurf rassistischer Ermittlungen wiederholt wird.
Genau eine Woche später, am 31. Juli, ritten das LKA Hamburg samt Staatsanwalt unter Vorlage eines richterlichen Durchsuchungsbeschluß beim Buchladen Osterstraße ein. Hier soll das Flugblatt »Mörderland Deutschland«, welches für eine Veranstaltung des Antinationalen Büros am 13. Februar im Haus für Alle warb, ausgelegen und das Ansehen der BRD und seiner Symbole verunglipmpft haben. Gegen die BuchhändlerInnen ist dementsprechend ebenfalls ein Verfahren anhängig , da sie das Flugblatt verbreitet haben sollen.
Ein strafbarer Inhalt wird abgeleitet aus dem Zitat: »Wir wissen, daß sich Deutschland durch eine Perfektion von Staatsterror auszeichnet, die ebenfalls Kontinuitäten zur Vergangenheit aufscheinen läßt. Der Umgang mit (deutschen) politischen Gefangenen ist davon geprägt, diese nicht nur zu besiegen, sondern tendenziell vernichten zu wollen (Stammheim, Bad Kleinen, Isolationshaft, "finaler Rettungsschuß").«

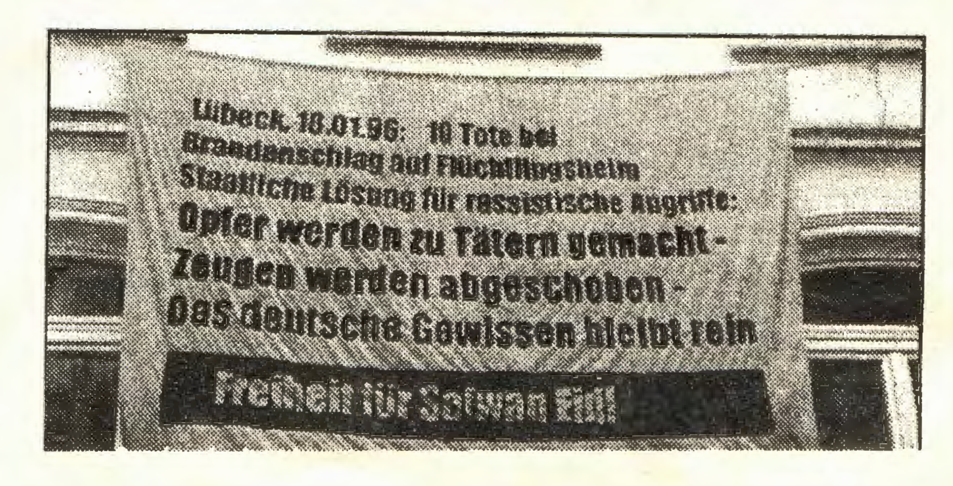
Vor Beginn des Prozesses gegen Safwan am 16. September stellen diese Kriminalisierungen Einschüchterungsversuche der Solistruktur dar. Die staatlichen Ermittlungen gegen Safwan, begleitet von einer breiten Medienkampagne und getragen von breiter Zustimmung in der Bevölkerung, dienen dem Ziel, die BRD im In-und Ausland vom herrschenden Rassismus freizusprechen, indem für rassistisch motivierte Brandanschläge die Flüchtlinge selbst verantwortlich gemacht werden sollen. Dieses Ziel und die dahinterliegenden Strukturen offenzulegen und Widerstand zu entwickeln soll nun, da die Widersprüche der staatlichen Ermittlungen zu offensichtlich geworden sind, verhindert werden. Es gilt für die Staatanwaltschaft und die verantwortliche Politik Glaubwürdigkeit zu bewahren und einen möglichen poiltischen Schaden abzuwenden. Der eingeschlagene Weg, auch in Zukunft Flüchtlinge und MigrantInnen selbst für faschistische Anschläge verantwortlich zu machen, soll beibehalten werden. Dies verdeutlicht u.a. ein weiteres Beispiel aus Lübeck: So wurde in der Nacht vom 1. zum 2. August ein türkisches Restaurant mit Hakenkreuzen beschmiert. Die herbeigerufene Polizei stellte zwei in der Mülltonne bei der Gaststätte deponierte Molotow-Cocktails sicher. Der Sprecher der Lübecker Polizei sah zwar einen politschen Hintergrund bei der Einschätzung der Tat, sprach jedoch gleichzeitig von »Ermittlungen in alle Richtungen« und schloß im gleichen Atemzug »ethnische Hintergründe keinesfalls aus«. (zit. nach jw vom 3./4. August)

Während also zum einen Gruppen, die die eindeutig rassistsichen Ermittlungen als solche benennen, von der Staatsanwaltschaft eingeschüchtert werden sollen, hat eine neue Runde staatlicher und medialer Hetze gegen Safwan begonnen. Im Vorfeld des beginnenden Prozesses präsentierte sie zunächst eine »neue« Computersimulation zum Brandverlauf, die zwar nichts beweist, aber von den Medien dankbar so rezipiert wurde, als würde sie Safwan belasten. Die für die Simulation verwendeten Daten stammen in Gänze aus dem Brandgutachten des LKA, das von einem Brandausbruchsort im ersten Stock ausgeht und welches in vielen Punkten durch den Brandgutachter Achilles widerlegt wurde. Desweiteren hat die Verteidigung Safwans schon mehrfach dargelegt, warum Safwan selbst bei Brandausbruch im ersten Stock als Täter nicht in Frage kommt.
Insbesondere der »stern« tritt der Staatsanwaltschaft erneut und bereitwillig in Sachen rassistischer Ermittlungern bei. Bereits im Januar beteiligte sich die Zeitung mit Eifer an der Suche nach dem (auch der Staatsanwaltschaft) fehlenden Tatmotiv und erlog ein Eifersuchtsdrama. Im Juli durfte sich dann Staatsanwalt Böckenhauer in einem Interview als weltoffener, linker(!) Jurist darstellen, betroffen von dem Vorwurf schlampiger, gar rassistischer Ermittlungen. Und er kündigte neue Erkenntnisse zur Altersfrage Safwans an. (Da Safwans Verteidigung von der libanesichen Botschaft beglaubigte Papiere vorlegen konnte, die sein Alter mit als 20 Jahre bestätigten, wurde der Prozeß der Jugendkammer zugewiesen und wird nach »milderem« Jugendstrafrecht verhandelt.)
Nun konnte der »stern« angeblich Dokumente auftreiben, die Safwans Alter mit 21 Jahre angeben, was, und da lacht die deutsche »Volxseele«, ein Urteil nach Erwachsenenstrafrecht mit entsprechend härteren Strafen ermöglich.
Diese neuen Entwicklungen zeigen deutlich, daß, obwohl das Konstrukt gegen Safwan widerlegt und als politsch motivert entlarvt worden ist, eine Verurteilung (zu eventuell lebenslangem Knast) keineswegs ausgeschlossen ist.

Kommt zur Prozeßeröffnung: Montag, 19. September, 9 Uhr Landgericht Lübeck,
weitere Prozeßtermine jeweils montags und mittwochs

Demo am 31. August in Grevesmühlen

»Die TäterInnen von Lübeck sitzen überall, wo sich dumpfer oder »kultivierter« Rassismus mit aktiven und passiven Zuschauern paart, wo deutsche Interessen, Deutschtümelei und das gefüllte Portemonnaie über allem stehen.
Die Brandstifter sitzen nicht (nur) in Bonn! Es hätte auch jedes andere Dorf, jede andere Stadt in Deutschland sein können. Es gibt genügend Beispiele, in denen RassistInnen, alte und neue Nazis von ihren Mitbürgern und Nachbarn geschützt und alle, die an der Fassade zu kratzen wagen, mit Haßtiraden überschüttet werden.«
(aus dem Aufruf)
Treffpunkt: 13 Uhr, Bahnhof



Altenwerder und die Arbeitsplätze

Nachdem das Verwaltungsgericht Hamburg im März dieses Jahres die Hafenerweiterung in Altenwerder aufgrund schwerwiegender Planungsfehler vorläufig gestoppt hat, stimmten sofort führende Vertreter von Senat und Wirtschaftsbehörde sowie die Mehrzahl der Hamburger Medien ihr Klagelied auf die "140.000 direkten und indirekten Arbeitsplätze" an, die nun angeblich gefährdet seien. Auch war von mehreren Millionen DM Verlusten für die Stadt Hamburg die Rede.

Mit dem Totschlag-Argument 'Arbeitsplätze' soll einerseits in der Bevölkerung Stimmung gemacht werden gegen BewohnerInnen Altenwerders und die Hafenerweiterungs-GegnerInnen, andererseits soll politischer Druck auf das Oberverwaltungsgericht ausgeübt werden, das als nächste Instanz über die Hafenerweiterung entscheiden wird.

Es sind mehrere Plattheiten, die in den Tagen nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtes massiv unter das Volk gestreut wurden und die die Menschen, die sich seit Jahrzehnten gegen die Zerstörung des Dorfes Altenwerder wehren, verhöhnen:

"Die Zukunft Hamburgs darf nicht an Einzelinteressen scheitern." (Fr. Meyer-Verheyen, Statt-Partei, Mopo 29.3.96).

In den Augen der Leute, die ein Interesse an dem Großprojekt Hafenerweiterung in Altenwerder haben, sind die Einzelinteressen grüne Spinnereien einiger weniger, die partout dort wohnen bleiben wollen, wo vorher allerdings 2500 Menschen gelebt haben. Hier sollen Kaianlagen entstehen - mit immer mehr High-Tech und immer weniger ArbeiterInnen -, die immer mehr Container-Einheiten (TEU) in immer rasenderer Eile umschlagen, auf daß ein Hamburger Hafen weiter gedeihe, der sein Bestehen immer waghalsigeren Ausbagger-Künsten verdankt. Die Elbvertiefung wird vorangetrieben, weil immer größere Container-Schiffe den Hafen anlaufen sollen. Es ist gerade so, als ob die Präparierung der Straßen für demnächst zu bauende 100-Tonnen-LKWs gefordert würde (üblich sind 30-Tonner). In Hamburg stehen die Hafenerweiterer und Elbvertiefer allerdings vor der Situation, daß die Elbvertiefung nicht in alle Zukunft durchführbar ist und an ihre Grenzen (z.B. Dach des Elbtunnels) stoßen wird.

Der Senat und die Lobby der Hafenerweiterer und Elbvertiefer versuchen bei den derzeitigen Auseinandersetzungen die Realitäten so zu verzerren, als seien ihre Interessen - nämlich möglichst große und möglichst viele Container in dafür passenden Häfen umzuschlagen - allgemeine Interessen der Gesellschaft. Sie wollen glauben machen, daß der Erhalt Altenwerders dagegen nur ein untergeordnetes Teilinteresse einer kleinen Minderheit ist.

Daß die Hafenerweiterung noch nicht einmal das quasi moralische Argument auf ihrer Seite hat, neue Arbeitsplätze für die Gesellschaft zu schaffen, werden wir zeigen.

"Die Hafenerweiterung in Altenwerder sichert rund 140.000 Arbeitsplätze" (Voscherau und andere).

So könnte eine Mär aus vergangenen Zeiten beginnen. Dieser Satz wird aber gerne von herumreisenden Politikern im Jahre 1996 gesprochen, in dem selben Jahr, in dem die Vulkan-Werften in Konkurs gehen und allenthalben Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Nun ist es sicher nicht ohne Logik, die Arbeitsplätze, die es noch gibt, mit Zähnen und Klauen zu verteiligen, wichtig bleibt jedoch dabei, den Tatsachen ins Auge zu blicken. Die oben angeführten Zahlen verdanken ihre Existenz nicht den Realitäten, sondern kühnsten Statistikkünsten.

Realität ist, daß es etwa 650 Beschäftigte geben würde an einem Containerterminal Altenwerder, wenn er jetzt gebaut würde. Ein automatischer Terminal, wie es ihn jetzt bereits in Rotterdam gibt, würde dagegen nur noch magere 100 Arbeitsplätze bieten. (nach einem Interview mit Uwe Dorn, Betriebsratsvorsitzender Eurokai; ÖTV, S. 20)

Güterumschlag und Arbeitsplätze

Weltweiter Trend ist, daß trotz des weiterhin stark ansteigenden Containerumschlags die Anzahl der Arbeitsplätze im Hafen sinkt. Ursache hierfür ist u.a. eine laufende Automatisierung und Rationalisierung des Containerumschlags, die Arbeitsplätze einspart. Hinzu kommt, daß die Container immer größer werden und sich die in Containern transportierten Ladungsmengen verdoppeln. Sie werden aber von der gleichen Anzahl von Arbeitskräften wie vormals umgeschlagen.

In Rotterdam zum Beispiel werden seit einiger Zeit neue hochautomatisierte Umschlagssysteme eingesetzt, wo praktisch alle Tätigkeiten (bis auf die der Containerbrückenführer) automatisiert sind. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, werden vorraussichtlich auch im Hamburger Hafen die traditionellen Containerumschlagssysteme auf diese neuen Technologien umgestellt. So kann es im Jahr 2000 zu einem neuen großen Rationalisierungsschub und Beschäftigungsabbau kommen (ÖTV, S. 19).

Fazit: Selbst große Steigerungen des Güterumschlags konnten die Rationalisierungen und den Beschäftigungsabbau nicht aufhalten. So sind in Hamburg und Bremerhaven seit 1980 etwa 2 von 5 Arbeitsplätzen weggefallen (ÖTV, S. 13).

Beispiel: Packen

Immer mehr vor- und nachgelagerte Arbeitsplätze im Hafenbereich werden abgebaut. Ein Beispiel hierfür ist der bislang recht arbeitsintensive Bereich des Containerpackens, der durch verbesserte Sensor- und Robotertechnik weiter automatisiert wird. Hierdurch werden weitere Arbeitsplätze vernichtet.

Distributions- und Logistikzentren

Es ist fragwürdig, ob sich die vielgerühmten und herbeigesehnten Distributions- und Logistikzentren (Verteilungs- und Versorgungszentren) im Hafen ansiedeln und somit neue Arbeitsplätze entstehen: "...Häfen [sind] nicht in jedem Fall die günstigsten Standorte für Logistik-Zentren.

Läger für die flächendeckende Verteilung von Gütern richten sich immer mehr nach Überlegungen, die die Gesamtkosten der Güterverteilung berücksichtigen. Deswegen spielt häufig die Nähe zu den Empfängern eine große Rolle für die Standortwahl. Wenn z.B. der Hauptschwerpunkt des Absatzes einer Ware im Ruhrgebiet liegt, dann ist es sehr unwahrscheinlich, daß das Verteillager in Bremen, Emden, Hamburg oder Rostock angesiedelt wird, auch wenn hier die Waren aus Übersee angelandet werden..." (ÖTV, S. 34).

Egal, wo diese Zentren angesiedelt sind, sie werden mit modernsten Technologien ausgestattet sein, die nur wenige Arbeitsplätze für einige breit qualifizierte ArbeiterInnen stellen. Ein Beispiel hierfür ist der neue Hafenbahnhof (Süderelbe) direkt gegenüber von Altenwerder, der im wahrsten Sinne des Wortes ein Geisterbahnhof ist. Hier steuern nur noch 15 Mitarbeiter den gesamten Zugbetrieb des westlichen Hamburger Hafens. Zur Überwachung des Rangierbetriebes und zur Steuerung des Stellwerkes reicht ein einziger Mensch pro Schicht. Den Rest erledigt "Kollege" Computer.

Fazit: Wenn es also doch zum Bau eines Distributions- und Logistik-Zentrums in Altenwerder kommen würde, so würden nur wenige Arbeitsplätze entstehen.

EG-Binnenmarkt und Ostseehandel

Bei der Frage, ob das Urteil des Verwaltungsgerichtes zu Altenwerder zukünftige Arbeitsplätze verhindert, ist die Betrachtung des sich bildenden EG-Binnenmarktes und der Ostseehandel von Bedeutung:

Durch die stärkere Integration des europäischen Wirtschaftsraumes wächst der Warenaustausch innerhalb Europas stärker als der überseeische. Als Folge hiervon verliert Hamburg als vorrangig überseeische Logistikregion im Vergleich zu anderen Regionen in Deutschland an Bedeutung. Frankfurt oder der Kölner Raum sind dagegen wichtiger geworden. Hinzu kommt, daß der Überseehandel abnimmt.

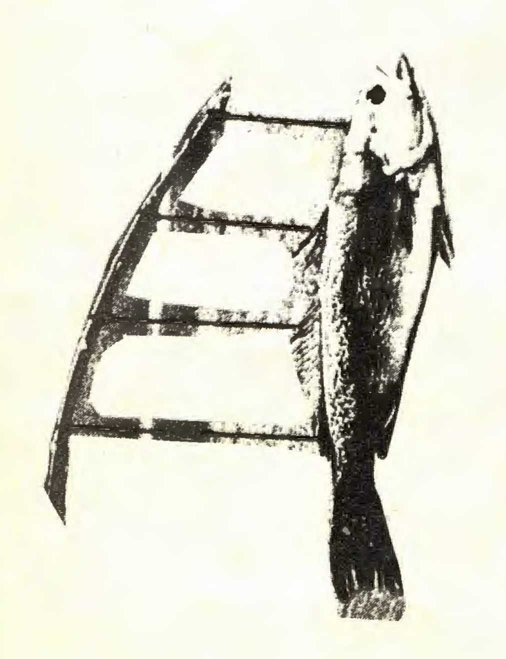
Die Ostseehäfen profitieren davon, daß ein verstärkter Warenaustausch Skandinaviens mit dem übrigen Europa - ebenso mit Osteuropa und den baltischen Staaten - über die Ostsee abgewickelt wird. Welche Rolle Hamburg dabei spielen kann, steht in den Sternen.

Wie der Hamburger Senat, das Amt für Strom- und Hafenbau, die Wirtschaftsbehörde u.ä. auf die Behauptung "die Hafenerweiterung in ALTENWERDER schafft unzählige Arbeitsplätze" und die absolut utopischen Zahlenbeispiele hierzu kommt, ist nicht nachvollziehbar.
Somit ist die häufige Gegenüberstellung 'Arbeitsplätze oder Erhaltung Altenwerders' eine scheinbare, wenn mensch sich die bisherige Hafenerweiterungspolitik und deren Ausrichtung anschaut.
Wir folgern daraus, daß die Parolen "Die Zukunft Hamburgs darf nicht an Einzelinteressen scheitern" und "Naturschutz verhindert Arbeitsplätze" Augenwischerei sind. Sie sollen davon ablenken, daß der Senat in seiner Verfilzung mit der Wirtschaftsbehörde (in der von den ca. 2600 Beschäftigten allein 2000 beim Amt für Strom und Hafenbau arbeiten) keine Perspektive zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und einer menschwürdigen und umweltverträglichen Hafenentwicklung hat.
Im Gegenteil: der geplante Container-Terminal sowie das Distributions- und Logistik-Zentrum in Altenwerder werden einen weiteren Rationalisierungsschub mit einem nachfolgenden Abbau von Arbeitsplätzen in Gang setzen.

Altenwerder bleibt !!!

Literatur:
ÖTV (1995): Hafenarbeit und logistischer Strukturwandel. - Arbeitsheft zum Strukturwandel in der Seehafenwirtschaft.

Bufo bufo
c/o Chemnitzstr. 3-5, 22765 Hamburg



Rechts um - Augen Geradeaus

Zwischen 500 und 1000 Rekruten sollen am 24. Oktober in Kaltenkirchen geloben, "der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen". Anlaß für dieses militaristische Großereignis ist das 25jährige Bestehen der Patenschaft zwischen dem Ort Kaltenkirchen und einer Kompanie der Bundeswehrkaserne Boostedt.
Diese Massenvereidigung soll in eine ganze Woche umfangreicher Veranstaltungen und Feiern eingebettet werden, die in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kaltenkirchener Vereinen auf die Beine gestellt werden sollen, vom "bunten Kindernachmittag" bis zum vom Schützenverein organisierten Preisschießen.
Bei dererlei Aktivitäten im Norden Hamburgs handelt es sich nicht um eine Einmaligkeit, vielmehr kann die Region auf eine seit jeher praktizierte, militaristische Politik, die von breiten Teilen der Bevölkerung getragen wird, zurückblicken.

Export von militäischem know how
So fand zum Beispiel im April dieses Jahres bereits zum 19. Mal ein Treffen hochrangiger Offiziere aus Nicht-NATO-Staaten in Henstedt-Ulzburg statt, die dort an einem Vortrag über die "kommunalpolitische Selbstverwaltung" der Großgemeinde teilzunehmen. Jedes Jahr wird diese Veranstaltung vom Ulzburger Bürgermeister *Volker Dornquast* initiiert und jedes Jahr rekrutiert dieser die Teilnehmer aus Absolventen der Bundeswehrführungsakademie in Hamburg-Blankenese, wo Militärs aus aller Welt traditionell nicht nur das Führen von Truppenteilen und militärische Strategien vermittelt werden, sondern auch die Unterdrückung und Niederschlagung unliebsamer Opposition. So sind u.a. Offiziere aus Indonesien stets gern gesehene Gäste - Offiziere, die sich regelmäßig bei der blutigen Niederschlagung von Protesten im indonesisch okkupierten Osttimor hervortun. Stören tut das hier niemand: Nach der Lehrstunde in Sachen Kommunalverwaltung und einer eigens organisierten Stadtrundfahrt trafen sich auch dieses Jahr die Offiziere (42 Offiziere aus 20 Ländern) zur gemeinsamen Schießübung am Schießstand der "Schützengilde".

Ausstellung "Unsere Luftwaffe" im August 1992
Bürgermeister Dornquast, "Provinz-diktator" in Hamburgs Norden, sieht in der jährlichen Organisation dieser schauerlichen Veranstaltung seine Aufgabe als Militärlobbyist aber keineswegs als erledigt an. Im August 1992 war es wahrscheinlich alleine seinem Betreiben zu verdanken, daß Henstedt-Ulzburgs EinwohnerInnen auch mal selbst ran durften: Bei der Ausstellung "Unsere Luftwaffe" gabs für die BesucherInnen Tornado und Tarnbus zum Anfassen .

Peter Kurt Würzbach und "Patenschaften" in der Region
Die Bundeswehr ist in der Region indes auf solch aufsehenerregende Aktionen eigentlich gar nicht angewiesen. Ohnehin genießt sie - zumindest in den ländlichen Regionen Segebergs - hohes Ansehen, was Ausdruck in einer Vielzahl von Patenschaften findet, die Städte und Gemeinden mit der Truppe oder Truppenteilen pflegen. Jedes Jahr zur Sommerzeit gibt es dutzende gemeinsamer Feiern, aus deren Anlaß sich dann die jeweiligen Patenkompanien oder -bataillone in den ihnen verbundenen Örtchen vorstellen, stets zur großen Freude der Mehrzahl der KommunalpolitikerInnen und großer Teile der Bevölkerung. So wundert es dann auch nicht, daß das Panzergrenadierbataillon 182 aus Bad Segeberg Anfang April dieses Jahres mit 150 Soldaten, 30 Fahrzeugen und 6 Panzern in das kleine Örtchen Garbek einrücken konnte, um dort eine viertägige Übung abzuhalten, ohne daß sich in der Bevölkerung irgendeine Form von Widerstand regte. Seit 29 Jahren gibt es zwischen Bataillon und Ort eine Patenschaft und entsprechend bedankten sich die Heerscharen abschließend mit freier Erbsensuppe und einer "Geräteschau". Der herausragendste Bundeswehr-Repräsentant und -Fürsprecher in Segeberg indes - der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium und Oberstleutnant Peter Kurt Würzbach - begleitet solcherlei Aktivitäten kontinuirlich mit eigenen Huldigungsveranstaltungen für das deutsche Heer. Anläßlich des vierzigjährigen Bestehens der Bundeswehr beispielsweise lud Würzbach und sein CDU-Kreisverband Generalmajor Manfred Dietrich und weitere Gäste nach Högersdorf, wo sie unisono das Meistern der "beispiellosen Aufgabe" priesen, "zwei ehemals gegnerische Streitkräfte zu integrieren und in der Bevölkerung sowie in der Politik zu verankern".

Back to the roots - zurück nach Kaltenkirchen
Am 24. Oktober dieses Jahres nun sollen bis zu 1000 Rekruten an einem Öffentlichen Gelöbnis teilnehmen, ein hervorragender Ort, z. B. um auszuprobieren, ob und wie sich die neuerliche Gesetzesverschärfung des Beleidigungsparagraphen bei akuten Soldatenbeleidigungen auswirken.

(gekürzt aus Nadelstiche 5/1996)

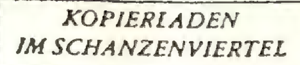




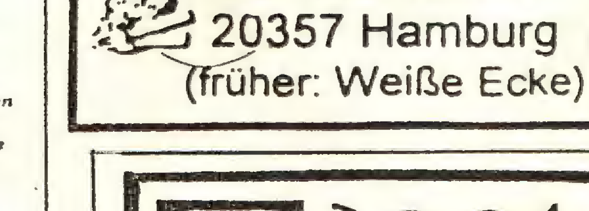














12.09. - 18.09. 22:30 Uhr	**Brazil** GB 1984 R: Terry Gilliam 142 Min.
19.09. - 25.09. 18:00 Uhr	**Ich hab dir nie einen Rosengarten versprochen** USA 1977 R: Anthony Page 92 Min.
19.09. - 25.09. 23:15 Uhr	**Clerks - Die Ladenhüter** (O.m.U.) USA 1994 R: Kevin Smith 89 Min.





ona move august/ september

rote flora

23.8. Vokü-Konzert: *Buttermaker.* Trash-Pop aus dem Süden, mit Liedern über Liebe, Leid und die alltäglichen Dinge des Lebens. Davor und danach legt Christian Platten auf. Vokü, 21 Uhr.

24.8. *Straßenfest* im Schanzenviertel. Ab 12 Uhr. Liebgewonnene Traditionen Part 5: Jedes Jahr befindet sich für einen kurzen Tag der Anarchie der Nabel der Welt zwischen Schulterblatt, Susannen- und Bartelsstraße. Mit Infoständen, Kultur und alternativen Esständen, Livemusik und Disco.

25. und 27.8. Theater: *Richard runs the Voodoo down.* Richard Lee (New York) zeigt ein Solostück, ab 20 Uhr in der großen Halle.

28.8. *Vollmondorchester*, ab 21 Uhr.

1.9. *Frauenfrühstück,* ab 12 Uhr.

1.9. Filme und Musik mit Kaffee und Kuchen in der Vokü, ab 16 Uhr. Gezeigt werden: *Frei wie ein Löwe* und *Die Reise des Löwen.* Beide Filme sind von Fritz Baumann der in den 80er Jahren Entwicklungshelfer in Kingston Downtown war und die Idee hatte, das Leben auf Jamaika zu zeigen. Herausgekommen sind zwei Low-Budget-Filme, die durch ihren Charme bestechen. Der erste Film zeigt das Leben eines Jungen auf dem Lande - seine Lebensumstände und das, was sein Leben auf der Karibikinsel so angenehm, bzw zur Hölle macht. Der zweite Film beschreibt das Leben seines Vaters und dessen Reise zu seinen Verwandten in den Moloch London. In London trifft er einen Abenteurer, der auf dem Weg nach Westafrika ist. Dieser nimmt ihn mit in das Land seiner Vorfahren.

7.9. Reggae: *Crucial Vibes* presents *St. Riverside Sound System.* Keller, 22 Uhr.

8.9. Konzert: *The Kearhy-Fleischmann-Trio.* Der ex-Assassins of God-Gitarrist zusammen mit zwei Exil-Bayern, den brillianten Fleischmann-Brüdern, auf jazzigen Abwegen. Große Halle, 21 Uhr.

13.9. Konzert: Im September beginnt das neue Semester der Volxshochschule. Das "get rhythm"-Konzert mit den Big Bands *Schanzenbläser, Adults* und dem *Notruforchester* wird aus diesem Anlaß der einzigen Oase im Stadtteil die Referenz erweisen. 19:30 Uhr.

14.9. Der Schwarzmarkt wird 20 !! Das soll gefeiert werden! Mit einem Konzert? Wird es ein Abtanz? Wird es eine Podiumsdiskussion geben? Wird es überhaupt in der Flora stattfinden? Freut euch auf einen schönen Abend mit Überraschungen, haltet Augen und Ohren auf...!21 Uhr.

15.9. *Frauenfrühstück,* ab 12 Uhr.

28.9. *Antifa-House-Party.* Große Halle 22 Uhr.

29.9. Filmabend: *Just visiting this Planet* und *Dandy.* von Peter Sempel. Film-Performance mit gleichzeitiger Projektion. Hamburger Premiere dieser Version. 20 Uhr.

Ständige Termine: Montag: 17-21 Uhr Cafe, 18-20 Uhr Motorradselbsthilfe, 19:30 Uhr veganes Essen. Dienstag: 16-? Uhr Dubcafe, 18 Uhr Veranstaltungsgruppe. Mittwoch: 16:30-? Uhr Cafe mit Kuchen. Donnerstag: 17-21 Uhr Cafe, 17-19 Uhr Fahrradselbsthilfe, 19:30 veganes oder vegetarisches Essen. Samstag: 11-15 Uhr Frühstück, 16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe. Sonntag: jeden 1. und 3. im Monat ab 12 Uhr Frauenfrühstück.

störtebeker

6.9. Konzert: So Much Hate (Oslo), 21 Uhr.

fsk auf 89,1 MHz. Infoblock täglich 19:30 Uhr, montags ab 20 Uhr progressieve muzieken.

23.8. T.A.Z. -Hakim Bey's Konzept der temporären autonomen Zone wird in den Zusammenhang der Musik- und Partykultur gestellt. Sind Raves temporäre autonome Zonen, ist Musik/Party an sich rebellisch? Dazu passende Musik, 20 Uhr.

28.8. The Phase Change of Timothy Leary. Feature über den Drogenpabst, Staatsfeind und New Age Apologeten, 20 Uhr.

